Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt für die Stadtgemeinde Burscheid

Burscheider Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 115 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 19. Mai 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Die neue Enzyklika des Papstes

Das neue Rundschreiben des Papstes über die gegenwärtigen Nöte der Menschen, das durch Radio von der Vatikan-Stadt aus in verschiedenen Sprachen auszugsweise verbreitet wurde, beginnt mit den Worten: Die Liebe Christi drängte uns.

In dem Rundschreiben heißt es: Der Heilige Vater erhebt aufs neue seine Stimme, um „alle zu mahnen, sich zu vereinen und sich mit aller Kraft den Uebeln, die die ganze Menschheit drücken, und den noch schlimmeren, die sie bedrohen, entgegenzustellen". Der Papst fragt nach der Wurzel der Wirrnis und findet sie in der Gier nach irdischen Gütern. Unterdessen machen sich, so sagt der Papst, die Umsturzparteien das allgemeine Elend zunutze und entrollen immerschamloser die Banner der Gottlosigkeit und des Hasses gegen jegliche Religion. Früher waren die Gottlosen vereinzelt in der großen Menge, heute dagegen bilden sie in verschiedenen Ländern ein fest geschlossenes und wohlgegliedertes Heer.

Der Papst beschwört alle Völker der Erde, abzulassen von der niedrigen Selbstsucht und alle Kräfte in einer einzigen Front zu vereinen. In diesem Kampfe für die Religion und den sozialen Frieden müsse man alle erlaubten menschlichen Mittel gebrauchen.

Im letzten Teil des Rundschreibens fordert dann der Papst auf, das Fest des heiligen Herzen Jesu für die ganze Kirche zu einem Tag heiliger Sühne und des Bitteifers zu machen.

Polnische Motorradfahrer verursachen einen Grenzzwischenfall

Am Pfingstsonntag gegen 17 Uhr wurden zwei polnische Offiziere aus Czenstochau und ein Czenstochauer Kaufmann, die auf Motorrädern die Grenze bei der Grenzdienststelle Roßberg-West überschritten hatten, wegen unbefugten Grenzübertritts festgenommen. Sie wurden nach Feststellung ihrer Personalien und ihrer Vernehmung sofort auf freien Fuß gesetzt. Die Festgenommenen gaben zu Protokoll, daß sie in keiner Weise über das Verhalten der deutschen Behörden zu klagen gehabt hätten.

Die Absichten Dr. Brünings

Erst Abschluß der sachl. Arbeiten

Zu den zahlreichen Erörterungen und Kombinationen über die Kabinettsberatungen um die Besetzung der freien Ministerien sowie die Besprechungen, die der Kanzler gehabt hat, wird nach einer Meldung des Contibüros von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Reichskanzler Brüning die feste Absicht hat, erst die anstehenden sachlichen Aufgaben zu lösen und dann erst die Ergänzung des Kabinetts vorzunehmen. Vor allem muß der Etat erledigt und die verschiedenen dringenden sozialpolitischen Fragen, wie Arbeitslosenfrage, Siedlung und Arbeitsdienstfrage abgeschlossen werden. Wenn in der Presse an einem Empfang des Generals von Schleicher und des Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Gördeler beim Reichskanzler Schlußfolgerungen über die Besetzung der freien Ministerien gezogen worden sind, so wird demgegenüber von unterrichteter Seite betont, daß nicht mit einem Wort von einem Wechsel gesprochen worden ist. Im übrigen dürfte es wohl selbstverständlich sein, so heißt es in der Notiz des genannten Büros weiter, daß der Reichskanzler auch mit dem Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium Fühlung nimmt. Den Besprechungen des Kanzlers werden außerdem in den nächsten Tagen noch eine ganze Reihe weiterer Empfänge folgen.

Nach Abschluß der sachlichen Arbeiten im Reichskabinett wird Reichskanzler Brüning dem Reichspräsidenten Bericht erstatten und bei dieser Gelegenheit aber auch erst dann naturgemäß die Personalfragen erörtern.

Reichspräsident von Hindenburg wird aller Voraussicht nach noch bis Ende des Monats in Neudeck bleiben. Ein Besuch des Reichskanzlers wird zweifellos nicht stattfinden, es ist aber denkbar, daß Staatssekretär Meißner inzwischen den üblichen büromäßigen Vortrag beim Reichspräsidenten halten wird.

Vertreter der Gewerkschaften beim Reichskanzler

Im Anschluß an eine Kabinettssitzung empfing der Reichskanzler im Beisein der zuständigen Ressortminister Vertreter der Gewerkschaften zu einer längeren Aussprache.

Einberufung des Reichstags zum 19. Mai abgelehnt

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte beantragt, den Reichstag zur Erledigung der noch ausstehenden Abstimmungen, insbesondere über die Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister, für Donnerstag, 19. Mai, einzuberufen. Vom Reichstagsbüro ist der kommunistischen Fraktion jetzt mitgeteilt worden, daß nach den Berechnungen des Büros nicht das für die Einberufung des Reichstages in einer Sessionspause erforderliche Drittel aller Abgeordneten hinter diesem Antrag stehe, so daß der Antrag als abgelehnt gelten müsse, selbst wenn man das Urteil des Staatsgerichtshofes für die Einberufung des Preußischen Landtages zugrunde lege.

Die Beleihung inländischer städtischer Grundstücke bei den Versicherungsgesellschaften

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat an alle größeren in- und ausländischen Versicherungsunternehmungen, die ein Verzeichnis über die Bestände des Deckungsstocks (Prämienreserveregister) zu führen haben, folgendes Rundschreiben gerichtet:

Im Hinblick auf die in der Verordnung des Reichspräsidenten zur Aenderung der Vorschriften über die Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer vom 6. Februar 1932 (Reichsgesetzbl. 1 S. 60) in Verbindung mit der vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931, zweiter Teil, Kapitel 1 — Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken — (Reichsgesetzbl. 1 S. 699, 706) getroffenen Anordnungen sind wir in zeitweiliger Abänderung unserer allgemeinen Grundsätze für die Beleihung, die die Ermittlung des Wertes inländischer städtischer Grundstücke regelt (Veröffentlichung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung 1904 S. 45 und 1926 S. 93), bis auf weiteres damit einverstanden, daß Beleihungen zur Ablösung der Gebäudeentschuldungssteuer ohne Vorlage neuer Schätzungen durchgeführt werden können, falls auf Grund sonstiger Unterlagen, z. B. älterer, nicht allzulange zurückliegender Schätzungen, die Ueberzeugung gewonnen wird, daß die Beleihung völlig sicher ist.

Der Rücktritt des belgischen Kabinetts

Das zurückgetretene Kabinett Renkin war ein Jahr lang im Amte und kann unter seinen Leistungen insbesondere die Einführung des neuen Verwaltungsgesetzes buchen, das auf der Grundlage getrennter Sprachgebiete die Einsprachigkeit und Dezentralisierung der Verwaltung durchführte. Außerdem gelang es ihm, eine innere Anleihe in Höhe von 1 Milliarde Franken zur Deckung des Fehlbetrages unterzubringen.

Die belgischen Zeitungen stimmen in der achtungsvollen Würdigung des greisen Ministerpräsidenten Renkin überein. Es wird auch allgemein angenommen, daß Renkin mit der Neubildung des Kabinetts vom König, der seine Besprechungen mit den Präsidenten von Senat und Kammer aufnimmt, beauftragt wird.

Die katholischen Blätter „Libere Belgique" und „Vingtieme Siecle", die dem Ministerpräsidenten nahestehen, halten die Hoffnung aufrecht, die Einführung stärkerer Persönlichkeiten ins Ministerium möge zu einer raschen Lösung der Krise führen, ohne daß an der Regierungskoalition gerüttelt werde. Eine der führenden liberalen Zeitungen, die in Lüttich erscheinende „Meuse", faßt aber auch die Möglichkeit eines Geschäftsministeriums ins Auge, das im wesentlichen aus Katholiken gebildet würde.

„Indepandance Belge" faßt die Möglichkeit der Neuwahlen ins Auge. Im allgemeinen herrscht aber der Wunsch vor, vorzeitige Wahlen in diesem Augenblick und vor der Lausanner Konferenz zu vermeiden.

Die Suche nach dem deutschen Flieger Bertram

Aus Kupang wird unterm 17. Mai berichtet: Zu den Nachforschungen nach dem vermißten Junkers-Wasserflugzeug Bertrams wird noch gemeldet: Ursprünglich hatte man geglaubt, daß



Pilot Hans Bertram,

das Flugzeug am Sonntag früh gestartet sei, um über das von Haifischen wimmelnde Timor-Meer nach Port Darwin zu fliegen. Fischer in Hansisi aber, wo das Flugzeug zuletzt verankert war, erklären, daß das Flugzeug dort während des ganzen Sonntags geblieben sei. Es scheint, daß Bertram am Montag wahrscheinlich in aller Frühe gestartet ist.

Kleine polit. Nachrichten

Auswärtiger Ausschuß am 24. Mai

Für Dienstag, 24. Mai, ist der Auswärtige Ausschuß des Reichstages von seinem Vorsitzenden Dr. Frick (Nat. Soz.) einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht „Bericht des Reichskanzlers und Reichsaußenministers über die Genfer Verhandlungen, Tribute, ausländische Schulden, Abrüstung, Memelland, Danzig.

Entziehung der Unterrichtserlaubnis für drei polnische Lehrer

Der Regierungspräsident von Köslin hat drei im Kreise Bütow ansässigen Lehrern an polnischen Minderheitsschulen die Unterrichtserlaubnis entzogen, weil sie ihr Gastrecht in Deutschland nicht so aufgefaßt haben, wie es den für einen Gast notwendigen Gepflogenheiten entspricht. Es handelt sich um die polnischen Lehrer Labon in Rudolfswalde (früher Oslawdamerow), Ledochowski in Platenheim und Gabrych in Gröbenzin. — Da mit dem Fortfall der Unterrichtserlaubnis zugleich der Grund für den Aufenthalt der drei polnischen Lehrer in Deutschland hinfällig ist, hat der Landrat des Kreises Bütow den drei Herren die Aufenthaltserlaubnis entzogen.

Austritt des Grafen zu Dohna aus der DVP.

Aus Bonn meldet das Wolffbüro: In einem längeren Schreiben an den Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, hat der bekannte Bonner Strafrechtslehrer Prof. Dr. Graf zu Dohna seinen Austritt aus der Partei erklärt. Graf zu Dohna erklärte, er habe schon seit längerer Zeit hinsichtlich der Politik der Partei innerlich in Opposition gestanden, namentlich seitdem ie Partei in Opposition gegen die Regierung getreten sei und die immer von Stresemann festgehaltene Mitarbeit abgelehnt habe. Er habe auch die starke Hinneigung der Partei nach rechts nicht gut mitmachen können. Wenn er seinen Austritt erst jetzt erklärt habe, so sei dies geschehen mit Rücksicht auf seinen alten Freund, Geheimrat Kahl, dem er die Treue halten wollte. Nachdem dieser aber gestorben sei, habe er den Augenblick für geeignet gehalten, seine Austrittserklärung abzugeben

Vorstandssitzung der Deutschen Staatspartei

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei trat mit Vertretern der staatsparteilichen Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, in der die gesamte politische Lage zur Besprechung kam. Reichsfinanzminister Dietrich, der sein Erscheinen zugesagt hatte, konnte wegen der Beratungen des Reichskabinetts an der Sitzung nicht teilnehmen. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden; der Vorstand wird vielmehr in den nächsten Tagen zur Fortsetzung der Beratungen [illegible] treten.

Japans Vorgehen

Die Stadt Ilan, die Hauptbasis für die Unternehmungen der mandschurischen Insurgenten, ist von den Japanern besetzt worden.

Der Preußische Landtag

Der Auftakt

Am Mittwoch hatte der Alterspräsident des neuen Preußischen Landtages, Abg. General a. D. Litzmann, im Landtagsgebäude mit dem Direktor beim Landtag, Oberregierungsrat Kienast, eine erste Unterredung, die man als offiziellen Auftakt der parlamentarischen Arbeiten im neuen Landtag bezeichnen kann.

Die fünf Fraktionen

haben die ersten Sitzungen anberaumt. Die Nationalsozialisten tagen in Anwesenheit Adolf Hitlers am Donnerstag, 19. Mai; ihnen folgt das Zentrum am Freitag, 20. Mai, während Sozialdemokraten und Kommunisten die ersten Fraktionsberatungen am Montag, 23. Mai, die Deutschnationalen ihre erste Fraktionssitzung sogar erst für den 24. Mai vorgesehen haben.

Die erste Plenarsitzung

des Landtags beginnt um 15 Uhr am 24. Mai. Bei normalem Ablauf, mit dem man in parlamentarischen Kreisen stark rechnet, wird sie nur von sehr kurzer Dauer sein und den rein technischen Verlauf nehmen. Die zweite Sitzung beginnt dann am Mittwoch, dem 25. Mai, um 13 Uhr, nach voraufgegangener Tagung des Aeltestenrates. Ergänzend ist noch zu berichten, daß der Aeltestenrat nicht nur den weiteren Arbeitsplan des Hauses in seiner ersten Sitzung beschließen wird, sondern auch die Neubesetzung der Vorstandsämter des Hauses. Was dem Landtag gegenwärtig an

Drucksachen, Anträgen, Anfragen usw.

zugeht, verliert seine Bedeutung automatisch am 19. Mai. Das Drucksachenmaterial, das ab 20. Mai dem neuen Parlament zugeleitet wird, dürfte erst am 24. Mai der Oeffentlichkeit bekannt werden, weil erst vom Tage des Zusammentritts des neuen Hauses an Drucksachen amtlich verteilt werden können.

Die erste Drucksache mit der Drucksachennummer 1 ist üblicherweise

das Verzeichnis der Mitglieder

des Hauses. Sie wird allerdings diesmal wohl zum Ausdruck bringen, daß es sich nur um ein provisorisches Mitgliederverzeichnis handeln könne, da am Tage ihrer Drucklegung, auch wenn das nach dem 20. Mai ist, der Landeswahlleiter noch nicht imstande sein wird, endgültig mitzuteilen, welche Persönlichkeiten die 423 Mandate des neuen Landtags ausüben werden. Denn wenn auch die endgültige Gesamtzahl der Abgeordneten vorliegt, so haben nach der jüngsten preußischen Wahlrechtsreform die Parteien noch immer die Möglichkeit, über die endgültige Zusammensetzung ihrer Fraktionen anders zu disponieren, als auf den Wahllisten vorgesehen war. Die ziemlich langen Erklärungsfristen, die dabei laufen, lassen mit größter Wahrscheinlichkeit vermuten, daß das neue preußische Parlament bei seinen ersten Sitzungen noch nicht endgültig in personeller Hinsicht konstituiert ist. Dabei ergibt sich aber

eine sehr interessante staatsrechtliche Frage

Nach den beiden ersten Sitzungstagen muß der neue Landtag einen Tag aussetzen, weil Donnerstag, 26. Mai, Fronleichnam ist. In parlamentarischen Kreisen wird aber erklärt, daß man bereits für Freitag, 27. Mai, mit einem

Antrag auf Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten

rechnen könne, nachdem das Kabinett Braun seinen Rücktritt erklärt hat. Ohne jetzt schon mit Sicherheit zu sagen, ob dieser Antrag von kommunistischer oder nationalsozialistischer Seite kommt, weiß man in parlamentarischen Kreisen nicht mit Sicherheit, ob der neue Landtag die Wahl vornehmen könnte, ehe abschließend festgestellt ist, welche Persönlichkeiten die Mandate ausüben werden. Sollten die Nationalsozialisten beabsichtigen, die Aenderung der Geschäftsordnung wieder zu beseitigen, wonach der neue Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann, so ist nach einer neuen Version in parlamentarischen Kreisen damit zu rechnen, daß sowohl die Kommunisten wie auch die Sozialdemokraten und — unter gegebenen Umständen — das Zentrum sich nicht an der Stimmabgabe beteiligen und damit das Haus beschlußunfähig machen würden.

Der deutsche Außenhandel im April

Im April 1932 war

die deutsche Einfuhr

mit 427 Millionen RM. wertmäßig um 63 Millionen RM., d. h. um 17%, höher als im März d. J. Mengenmäßig beläuft sich die Zunahme sogar auf mehr als 20%. Bei diesem Ansteigen der Einfuhr, das saisonmäßig nicht erklärt werden kann, handelt es sich offenbar zum Teil um eine Reaktion auf die unverhältnismäßig starke Schrumpfung der Warenbezüge im Vormonat. Die Erhöhung der Einfuhr entfällt im wesentlichen auf die Gruppen Lebensmittel und Rohstoffe (plus 30 bzw. plus 32 Millionen RM.), während sich die Fertigwareneinfuhr wert- und mengenmäßig kaum verändert hat.

Die Ausfuhr

belief sich im April auf 472 Millionen RM.; hinzu kommen Reparationssachlieferungen im Betrage von 9 (im Vormonat 11) Millionen RM. Gegenüber März ist die Gesamtausfuhr somit um 46 Millionen RM. gesunken. Dieser Rückgang ist nur zu einem kleinen Teil durch die weitere Senkung der Preise zu erklären; überwiegend handelt es sich bei dieser wertmäßigen Abnahme um eine Schrumpfung der Ausfuhrmengen. Der Rückgang der Ausfuhr entfällt ausschließlich auf die Gruppe Fertigwaren, deren Ausfuhrwert um fast elf Prozent unter dem Stand des Vormonats liegt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen hat sich etwa auf Vormonatshöhe gehalten. In der Entwicklung der Gesamtausfuhr war vor allem die rückgängige Ausfuhr nach Großbritannien und Rußland entscheidend.

Die Handelsbilanz schließt im April mit einem

Ausfuhrüberschuß in Höhe von 45 (März 152) Millionen RM.

ab. Einschließlich der Reparationssachlieferungen belief sich der Ausfuhrüberschuß auf 54 Millionen RM.

Das Programm einer neuen österreichischen Konzentrationsregierung

Im Verlaufe seiner Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung hat der zum Bundeskanzler in Aussicht genommene Minister **Dr. Dollfuß** an den Obmann der Großdeutschen Volkspartei ein Schreiben gerichtet, das in großen Zügen das **Programm einer Konzentrationsregierung der bürgerlichen Parteien** enthält. Das Programm wird in den Klubs der einzelnen Parteien verhandelt werden.

Wie die „Neue Freie Presse" erfährt, ist darin vor allem zum Ausdruck gebracht, daß die Entwicklung der künftigen Handels- und Wirtschaftspolitik nicht in solche Bahnen geleitet werden soll, die eine Ausschaltung Deutschlands bedeuten. Vielmehr soll versucht werden, bei allen Aktionen Deutschlands Mitarbeit und Mithilfe in gegenseitigem Einverständnis sicherzustellen. Weiter wird der entschiedene Wille bekundet, die Verwaltungsreform in energischer Weise fortzusetzen und im Etat die größtmögliche Sparsamkeit zu beobachten, ohne jedoch eine Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten vorzunehmen. Bezüglich der Beschränkungen des Devisenverkehrs wird es als wünschenswert bezeichnet, Erleichterungen vorzunehmen, sobald die Lage auf dem internationalen Geldmarkt dies gestatte. Die Regelung des Kreditanstaltsproblems kann gegenwärtig nicht in Angriff genommen werden, weil sehr ernste Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern im Zuge sind, deren Ergebnis nicht vorgegriffen werden kann. Sollten aber diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so würde die Regierung gezwungen sein, neue Entschließungen zu fassen.

Entschließungen des Deutschen Lehrervereins

Der Deutsche Lehrerverein nahm bei seiner Tagung in Rostock nach einer ausgedehnten Debatte, in der zum Ausdruck kam, daß der Deutsche Lehrerverein fast restlos hinter der Reichsverfassung steht, eine Entschließung an, in der alle Kreise eindringlich

zum Schutze der Jugend, insbesondere auch gegen deren politische Verhetzung aufgefordert

werden, ferner der Ausbau der Schule sowie das Höchstmaß von erzieherischer Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht gefordert wird. Es sei Pflicht des Staates, alle erziehungsfördernden Kräfte zu wecken und zu stärken. Der D. L. V. bekenne sich zu dem auf der Gleichberechtigung und der staatsbürgerlichen Mündigkeit aller Volksgenossen beruhenden Volksstaat.

Gegen Schluß seiner Vertreterversammlung befaßte sich der Verein mit der

Junglehrerfrage.

Nach dem Vortrag eines Vertreters der Junglehrerschaft wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der erneut gefordert wird, die für die Schuljugend unseres Volkes notwendigen und wertvollen Kräfte des Jugendlehrergeschlechts nicht länger brach liegen zu lassen.

Im Jahre 1933 wird die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins zugleich mit der Tagung der deutschen Lehrerschaft in Magdeburg stattfinden.

Doch Zivilkabinett in Japan?

Nach einer Reutermeldung aus Tokio, 18. Mai, wird jetzt mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Armee die Bildung einer Regierung der konservativen Sejuka-Partei mit dem bisherigen Innenminister Suzuki als Ministerpräsidenten billigt, unter der Bedingung, daß die konservative Partei das Wirtschaftsprogramm der Armee annimmt. Dieses Programm fordert vor allem eine Reform des Steuerwesens im Sinne der Entlastung der Landwirte und ein Moratorium für die Schulden der Landwirtschaft und des Einzelhandels.

Die Verhandlungen in Genf

Der Fall Pleß

Der Völkerbundsrat hat davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung wegen der Klage des Fürsten Pleß sich an den Haager Gerichtshof gewandt hat.

Der Fall des Fürsten Pleß, der als Führer der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien seit Jahren von den polnischen Behörden auf alle mögliche Art, insbesondere durch völlig unberechtigte Steuerforderungen, wirtschaftlich geschädigt wird, hat en Völkerbundsrat schon wiederholt beschäftigt. Die polnische Regierung hat sich einer gütlichen Regelung dieser Angelegenheit stets entzogen, sodaß der deutschen Regierung nichts übrig blieb, als nunmehr Polen wegen Verletzung des Minderheitenvertrages vor dem Haager Gerichtshof zu verklagen. Die Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung, da es sich hier nicht, wie fälschlicherweise von Polen behauptet wird, um eine private Steuerangelegenheit des Fürsten Pleß handelt, sondern um eine Frage des Minderheitenschutzes.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Völkerbundsrates wurde das von der Völkerbundsversammlung im vorigen Jahr angenommene

Kriegsverhütungsabkommen

kurz behandelt. Der deutsche Vertreter, Botschafter Graf Welczek, betonte, daß Deutschland auf der jetzigen Abrüstungskonferenz die vollständige Abschaffung der Militärluftfahrt fordere, und daß infolgedessen unter Umständen die in dem Abkommen enthaltenen Maßnahmen, die sich auf die Militärluftfahrt beziehen, gegenstandslos würden.

Die Frage der chemisch-bakteriologischen Kriegsmittel

Zum ersten Mal trat ein Sonderausschuß zusammen, um die Frage der chemisch-bakteriologischen Kriegsmittel zu prüfen. Da in den bisherigen Diskussionen der Abrüstungskonferenz eindeutig der Wille zum Ausdruck kam, die Anwendung solcher Kriegsmittel künftig zu verbieten, beschloß der Ausschuß, von einer allgemeinen Debatte abzusehen und sofort in die Einzelberatung darüber einzutreten, welche Kriegsmittel dieser Art im einzelnen unter das Verbot fallen sollen. Bis Freitag sollen die einzelnen Delegationen ihre Vorschläge einreichen.

Neuer Vorstoß gegen die Zivilluftfahrt

Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz hat mit der Diskussion der Frage begonnen, ob und welche Luftwaffen im Sinne der vom Hauptausschuß aufgestellten Direktiven in die qualitative Abrüstung einbezogen werden sollen. In welcher Richtung sich auch diese Debatte voraussichtlich bewegen wird, geht aus einem Antrag der Staaten der Kleinen Entente hervor, in dem u. a. behauptet wird, daß in einem Kriege die Zivilflugzeuge ebenfalls für Militärzwecke verwendet werden könnten.

In einer viel beachteten Erklärung brachte

der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg,

zu Beginn der Sitzung nochmals den **deutschen Standpunkt** zum Ausdruck. Er erklärte, daß der aus dem Unterkomitee hervorgegangene Vorschlag nach deutscher Auffassung nicht weit genug gehe;

1. beantworte dieser Bericht nicht eindeutig die wichtigste Frage, welche Luftwaffen besonderen Offensivcharakter hätten. Ferner frage der Bericht des Unterausschusses nicht den besonderen Verhältnissen Rechnung, die in den Ländern bestehen, die über keinerlei Abwehrmittel weder aus der Luft noch von der Erde aus verfügen. Hier liege ein grundsätzlicher technischer Unterschied vor. Der deutsche Vertreter wies auf den Versailler Vertrag hin, der als Auftakt zu einer allgemeinen Abrüstung die völlige Beseitigung der gesamten Militärluftfahrt zu Lande und zu Wasser einzuleiten habe. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die gesamte Militärluftfahrt unterschiedslos als besonders offensiv, die nationale Verteidigung bedrohend und die Zivilbevölkerung gefährdend, nunmehr namhaft gemacht werden. Dr. Brandenburg ging zum Schluß seiner von dem Ausschuß mit größter Aufmerksamkeit angehörten Ausführungen auf den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen ein und erklärte, daß für die Untersuchung der dem Ausschuß gestellten Aufgabe die Frage entscheidend ins Gewicht falle, welche Waffen dem Lande wirksam zu gute kommen, das einen politischen Angriffswillen habe. Unter Berücksichtigung der Lage der Länder ohne Luftabwehr müsse die gesamte Militärluftfahrt als besonders bedrohliche Angriffswaffe empfunden werden.

Den Ausführungen des deutschen Vertreters schloß sich eine längere Debatte an, die damit endete, daß Ministerialdirektor Dr. Brandenburg den Antrag stellte, über den deutschen Antrag abzustimmen, der die gesamte militärische Luftfahrt und den Abwurf von Kampfmitteln aus Flugzeugen als besonders offensiv bezeichnet. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für den deutschen Antrag haben Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland, China und die Türkei gestimmt.

Entschließungen des französischen Frontkämpferverbandes

Der Verband französischer Frontkämpfer und Kriegsopfer hat auf seiner Tagung in Dijon in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, er hoffe, daß die Abrüstungskonferenz möglichst bald zu einem allgemeinen Abkommen auf folgender Grundlage gelange:

1. substantielle, allgemeine, gleichzeitige und scharf kontrollierte Herabsetzung der nationalen Rüstungen,
2. Zurverfügungstellung des internationalen Zivilflugwesens und anderer Streitkräfte für den Völkerbund, die Bildung einer internationalen Polizei, die jedem Angriff vorbeugt und eintretendenfalls einen solchen Angriff unterdrücken kann,
3. ein Statut des Völkerbundes mit autorisierten Machtbefugnissen auf der Grundlage der Achtung der Verträge und des internationalen Rechts.

Den Verhandlungen wohnten Delegierte ausländischer Frontkämpferorganisationen bei, u. a. ein Vertreter des Reichsbanners.

Angriff des „Echo de Paris" gegen Paul Boncour

Die Gründe, die Ministerpräsident Tardieu veranlaßten, den französischen Generalissimus General Weygand und Paul Boncour, den ständigen Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, vor seiner Abreise nach Genf zu empfangen, können aus einem Artikel entnommen werden, den „Echo de Paris" veröffentlicht.

Das Blatt greift Paul Boncour stark an, weil dieser in einer Rede in Dijon angeblich eine Aenderung der französischen Abrüstungspolitik angekündigt habe. Er hat nach dem Bericht der Agentur Havas sich dagegen ausgesprochen, daß man die Abrüstungskonferenz verlassen müsse, wenn trotz aller Bemühungen Frankreichs die Welt oder wenigstens Kontinental-Europa nicht einsehe, daß die Organisation der internationalen Sicherheit durch gegenseitige Hilfeleistung und durch eine internationale Streitmacht die Bedingung für die internationale Abrüstung sei. „Echo de Paris" legt die Worte Paul Boncours dahin aus, daß dieser sich jetzt bereit erkläre, weitere Herabsetzungen der nationalen Verteidigung Frankreichs ins Auge zu fassen, selbst wenn keine gemeinsame Aktion gegen einen eventuellen Angreifer vorgesehen werde.

„Echo de Paris" erklärt weiter, Paul Boncour sei immer noch erster Delegierter Frankreichs in Genf, und zwar ernannt vom Ministerium Tardieu, folglich an dieses Ministerium gebunden, das die laufenden Angelegenheiten erledige. Er könne folglich keine Meinungsfreiheit für sich beanspruchen. Die Rede Paul Boncours von Dijon verdiene als unkorrekt und unvorsichtig bezeichnet zu werden.

Das Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen

hielt eine Tagung in Guestrow ab, die mit einer schlichten **Erinnerungsfeier** aus Anlaß des **zehnjährigen Bestehens des Instituts** verbunden war. An der Sitzung des Kuratoriums im Saale des Schlosses zu Guestrow am Dienstagvormittag nahmen zahlreiche Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsernährungsministeriums, der Regierungen der Länder und der deutschen Universitäten teil. Die Beratungen galten den **neuen Aufgaben** des Forschungsinstituts und der **Erweiterung der Siedlungsmöglichkeiten in Deutschland,** vor allem der heimischen Landarbeiter im Sinne der Arbeitslosenbekämpfung. Im Anschluß an die Sitzung erfolgte eine **Besichtigungsfahrt zu den Siedlungen in Pommern,** die sich von Demmin bis nach Greifswald erstreckte.

Auf dem Begrüßungsabend, auf dem **Ministerpräsident Eschenburg** namens der mecklenburgisch-schwerinschen Staatsregierung die Anwesenden begrüßte, hielt der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium **Dr. Geib** einen längeren Vortrag über die von dem Institut bisher geleistete Arbeit. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Zusammenarbeit, wie sie während des ganzen Jahrzehnts zwischen Kuratorium und Direktorium des Instituts bestanden habe, von einer Zielsicherheit, Einmütigkeit und gegenseitigem Verständnis gewesen sei, wie sie selten auf wissenschaftlichem Forschungsgebiet bestehe. Bedeutungsvolle Arbeit sei in diesem Jahrzehnt geleistet worden. Dr. Geib skizzierte knapp die Aufgaben des Instituts und nahm Gelegenheit, den Mitarbeitern, besonders dem Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Sering, für die erfolgreiche Tätigkeit zu danken.

Im Verlaufe des Abends wurde noch bekannt gegeben, daß Geheimer Regierungsrat **Prof. Dr. Sering** von der Universität Rostock zum Dr. rer. pol. h. c. ernannt worden ist und daß die Philosophische Fakultät der Universität Berlin Staatssekretär **Dr. Geib** den Ehrendoktortitel verliehen habe.

Am Mittwoch wurde eine neue **Besichtigungsfahrt** zu den mecklenburgischen Siedlungen unternommen, die sich bis nach Hagenow erstreckte.

Evangelisch-sozialer Kongreß

In Karlsruhe trat in Anwesenheit von Vertretern der badischen Ministerien, der Oberkirchenbehörde und der Stadtverwaltung der aus dem ganzen Reich außerordentlich gut beschickte evangelisch-soziale Kongreß zusammen. Für den erkrankten Vorsitzenden, Reichsgerichtspräsident i. R. Dr. Simons, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Universitätsprofessor **Geheimrat D. Titius,** Berlin, die Verhandlung mit einer Rede, in der er die soziale Tätigkeit als einen wichtigen Bestandteil der kirchlichen Aufgaben bezeichnete. Im Hinblick auf die Zeitverhältnisse führte der Redner u. a. aus:

> Wir haben jetzt eine neue Art Sozialismus; er will vaterländisch sein und denkend. Wir haben eine Jugend, die anfängt, spartanisch zu denken. Diese Jugend geben wir nicht verloren, sie muß aber an die Kandare genommen werden. Das Soziale läßt sich nicht vom Politischen trennen. Was nottut, ist der Gemeinsinn. Der Gedanke, daß die Entlastung Deutschlands von den Reparationen eintreten muß, hat weithin in der christlichen Welt Boden gewonnen.

Ueber die Aufgaben der evangelischen Kirche im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart sprachen **Sozialpfarrer D. Cordes** (Wehrstedt) und **Oberschulrat Schlemmer** (Berlin).

In einer Sonderkonferenz am Nachmittag schilderte der Direktor der Badischen Handelskammer, **Dr. von Engelberg,** die Lage des bäuerlichen Nachwuchses, während sich zu gleicher Zeit die Studenten zu einer Ansprache versammelten.

Vertagung des Sklarek-Prozesses wegen Verhandlungsunfähigkeit Kohls

Im Sklarek-Prozeß gab es, als Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg nach der Unterbrechung durch die nochmalige kurze Beweisaufnahme sein Plädoyer fortsetzen wollte, eine Ueberraschung, die zur Vertagung führte. Beim Aufruf der Angeklagten stellte sich heraus, daß der Angeklagte Bürgermeister Kohl nicht anwesend war. Der Vorsitzende teilte hierzu mit, die Frau des Angeklagten Kohl habe dem Gericht mitgeteilt, daß ihr Mann in der Nacht eine schwere Ohnmacht erlitten habe. Man habe den Arzt holen müssen, der Kohl für verhandlungsunfähig erklärte. Die Verhandlung wurde unterbrochen.

Sollte der Gerichtsarzt den Angeklagten Kohl für verhandlungsunfähig erklären, so müßte das Verfahren gegen ihn jetzt kurz vor Schluß des Sklarek-Prozesses abgetrennt werden.

Nach fünfstündiger Pause wurde die Verhandlung des Sklarekprozesses wieder eröffnet. Aus dem Bericht des Gerichtsarztes über den Gesundheitszustand des angeklagten Bürgermeisters Kohl ging hervor, daß sich

Kohl wahrscheinlich infolge Mißbrauchs mit einem Schlafmittel eine leichte Vergiftung

zugezogen hat. Kohl sei in das Moabiter Krankenhaus übergeführt worden, wo man eine Magenspülung vorgenommen habe.

Später wird berichtet: Die Vergiftung des Bürgermeisters Kohl hat dazu geführt, daß

das Verfahren gegen ihn abgetrennt

wurde, nachdem der medizinische Sachverständige erklärt hatte, daß keine Besserung des Zustandes oder eine Verhandlungsfähigkeit zu erwarten sei. Falls sich der Zustand des Angeklagten Kohl wieder bessert, müßte der Prozeß gegen ihn noch einmal von vorn anfangen.

Mütter töten ihre Kinder und sich selbst

Die Frau eines Wächters der Wach- und Schließgesellschaft in Halle hat sich in Abwesenheit ihres Ehemannes mit ihren zwei Kindern, einem acht Jahre alten und einem 1½jährigen Knaben durch Einatmen von Gas das Leben genommen. Nach Angaben des Mannes soll seine Frau die Tat wegen Familienstreitigkeiten begangen haben.

*

Aus Mehlsack (Kreis Heiligenbeil) wird gemeldet: Die Frau eines Bäckermeisters vergiftete sich selbst und ihre drei Kinder, von denen das älteste 16 und das jüngste neun Jahre alt waren, mit Gas. Die Frau scheint die Tat in einem Anfall von Schwermut begangen zu haben.

Wegen angeblicher Spionage in Polen zu Zuchthaus verurteilt

Die Strafkammer des Landgerichts Kattowitz verurteilte den deutschen Polizeihauptmann Nocny, der der Spionage zugunsten Deutschlands angeklagt ist, zu acht Jahren Zuchthaus; der Staatsanwalt hatte 15 Jahre Zuchthaus beantragt.

Kreugers Vertrauensmann in der Schweiz

Die Stockholmer Polizei hat einen Bericht über die Vernehmung des verhafteten Direktors Bredberg veröffentlicht. Bredberg, der im Jahre 1923 in den Kreuger-Konzern eintrat, war Direktor von fünf schweizerischen Gesellschaften des Konzerns. Er erklärte folgendes:

Im Jahre 1928 bekam er von Henning die Anweisung, in den Büchern der „Finanzgesellschaft für die Industrie", Zürich, 8 Millionen Franken als Schuld bei den vereinigten schwedischen Zündholzfabriken zu verbuchen. Die „Vereinigten" hätten angeblich den Betrag an die „Eddy Match Co." gezahlt. Ob die Auszahlung an die Eddy Match Co. überhaupt gemacht worden sei, und warum der Betrag in den Büchern der Finanzgesellschaft als Schuld bei den Vereinigten aufgeführt werden sollte, erfuhr Bredberg nicht. Er hat auch keine Nachforschungen vorgenommen. Im Dezember 1928 teilte Direktor Sjoestroem Bredberg mit, daß der Kreuger u. Toll 4 500 000 Dollar gutgeschrieben werden sollten. Die Summe war angeblich von der Lee Higginson u. Co. für Rechnung der Eddy Match an eine Montrealer Bank eingezahlt. Bredberg wollte jetzt in Erfahrung bringen, was für eine Gesellschaft die Eddy Match eigentlich sei, und er fragte den Revisor Wendler, der jedoch antwortete, daß er es selbst nicht wisse. Vor Aufstellung der Jahresbilanz des Jahres 1928 übertrug die Kreuger u. Toll ihre Forderungen bei der Finanzgesellschaft in Höhe von 4 500 000 Dollar an die schwedische Zündholzgesellschaft. Die Forderung der Zündholzgesellschaft wurde später auf 25 Millionen Franken erhöht. Eine andere eigentümliche Transaktion ist das „Lehmannsche Grundstücksgeschäft". Kreuger befahl 1923 Bredberg, in den Büchern der Unionindustrie eine Transaktion über Ankauf von Grundstücken in Berlin für zusammen 7 750 000 Franken auszuführen. Dies habe auch Bredberg gemacht, ohne zu kontrollieren, ob die Transaktion wirklich

Letzte Meldungen

In Altona entstand heute Nacht gegen 2 Uhr ein Großfeuer, das mehrere größere Schuppen sowie das zwischen Wohnhäusern gelegene Fabrikgebäude ergriff. Bei den Löscharbeiten wurden zwei Feuerwehrleute verletzt. Vier Dachstühle der Hintergebäude sind zerstört worden. In den Flammen sind vier Pferde umgekommen.

Die Ernennung des neuen Gouverneurs für das Memelgebiet verzögert sich, da seine Stellung zur Kownoer Regierung einer Neuregelung unterzogen werden soll.

Der Untersuchungsrichter, der den Fall Gorguloff bearbeitet, hat die Zeugenaussage eines ehemaligen Kosakenobersten erhalten, durch die Gorguloff weiter belastet wird.

Der frühere Vertrauensmann Lindberghs, John Curtius, wurde wegen Irreführung der Behörden durch verschiedene Mitteilungen über die Räuber des Lindbergh-Kindes in Haft genommen.

Nach einer Meldung aus Aden soll sich die Zahl der bei dem Brand des französischen Dampfers „Georges Phillipar" vermißten Passagiere auf 70 belaufen.

---

stattfand. Nachher wurden dieselben Grundstücke angeblich an „E. B. Lehmann" gegen 21 200 000 Franken verkauft. Bredberg hat darüber eine Schuldverschreibung in Höhe von 18 Millionen Franken von E. B. Lehmann unterzeichnet bekommen. Er hat sich aber keine näheren Auskünfte über die Sache verschafft. Kreuger erklärte, daß er selbst alle Angelegenheiten mit Lehmann besorgen wolle. Da Lehmann keine Zinsen zahlte, erhöhte sich seine Schuld auf 33 120 000 Franken.

Soweit die Aussagen Bredbergs. Verschiedene andere Punkte sind noch unklar und müssen erst aufgeklärt werden.

Eine Chinesin an der Spitze einer starken Truppe

Eine junge Chinesin, so wird aus Charbin berichtet, hat in der Mandschurei zu den Waffen gegriffen und durch ihre Erfolge bereits von sich reden gemacht. Wer ist sie? Wie heißt sie? Das kann niemand beantworten. Man nimmt an, daß die erst Zwanzigjährige in Rußland studierte und über Wladiwostok in die Mandschurei gekommen ist. Jedenfalls tauchte sie plötzlich an der Grenze auf und predigte einen Kreuzzug zur Befreiung der Mandschurei von den Japanern. Es dauerte nicht lange, so hatte sie über tausend Mann um sich gesammelt, die begeistert den Kampf gegen die neue separatistische Regierung und die hinter ihr stehenden chinesischen und japanischen Truppen aufnahmen. Das erste Ziel war die Stadt Taoho an der ostchinesischen Eisenbahn. Die mandschurische Garnison dieser Stadt wurde überrumpelt und ließ den Platz in den Händen der Amazone. Der Sieg vermehrte ihre Anhängerschaft, und das improvisierte Heer rückt langsam gegen Charbin vor.

Ein „Prophet" zu Zuchthaus verurteilt

Vor dem Deggendorfer Schöffengericht hatte sich der Landwirt Angerer wegen Kindesentführung zu verantworten. Angerer ist der „Prophet einer Bibelforschergemeinde". Bei den oft tagelang dauernden Versammlungen dieser Gemeinde hatte sich ein 18jähriges Mädchen so schwer erkältet, daß sie bald darauf eine Nierenentzündung bekam. Die Mutter des Mädchens holte in der Nacht den Propheten, der mit einem seiner Anhänger kam und das Mädchen zu sich nach Hause nahm. Dort verging er sich an ihr.

Das Schöffengericht verurteilte Angerer zu fünf Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte nur ein Jahr, acht Monate Zuchthaus beantragt. Der Anhänger des „Propheten", der bei der Entführung mitgewirkt hatte, erhielt zwei Monate Gefängnis, die Mutter des Mädchens einen Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Die Lindbergh-Tragödie
Das aufsehenerregende Geständnis Curtis'

Zu dem bereits gemeldeten Geständnis des Millionärs Curtis über die Irreführung der Oeffentlichkeit in der Lindbergh-Angelegenheit wird aus Hopewell ergänzend gemeldet, Curtis habe erklärt, er glaube, in den letzten sieben bis acht Monaten infolge finanzieller Schwierigkeiten nicht recht bei Sinnen gewesen zu sein. (Das Schiffsbauunternehmen von Curtis hatte vor ungefähr einem Jahre bankerott gemacht).

Das Vertrauen zu Curtis und seinen Mitteilungen war so groß, daß alle verfügbaren Küstenwachschiffe zwischen Gloucester (Massachusetts) und Norfolk (Virginia) mobil gemacht worden sind, um nach dem Boot zu suchen, auf dem sich angeblich die Verbrecher befänden. Oberst Lindbergh selbst hatte zahlreiche Flüge unternommen, um nach dem Fahrzeug Ausschau zu halten, auf dem er sein Kind vermutete, und die Polizei ist bei ihren Nachforschungen auf eine falsche Fährte gelockt worden.

Erlogene Angaben eines angeblichen Entführers

Ein Frank Parzych, der nach einer Newyorker Meldung erklärte, er sei einer der Entführer des Lindbergh-Kindes, und der den Tod des Kindes bei der Entführung eingehend geschildert hatte, hat vor der Polizei gestanden, daß seine Angaben erlogen seien.

Der Devaheim-Prozeß

Vor einer Sonderstrafkammer des Landgerichts 1 in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Jaspe begann das gerichtliche Nachspiel

gegen das Direktorium des Devaheim-Konzerns.

Vor Eintritt in die Verhandlung gegen die sieben Angeklagten erhob Rechtsanwalt Dr. Möhring, der Verteidiger D. Cremers, Bedenken gegen die Zuständigkeit der Sonderstrafkammer.

Staatsanwalt Eichholz betonte demgegenüber, daß die Bildung eines Sondergerichts durchaus den sonstigen Gepflogenheiten entspreche. Es handele sich nicht um einen Prozeß gegen die Kirche oder gegen irgendeine sonstige öffentliche Körperschaft, sondern lediglich um ein Verfahren wegen krimineller Verfehlungen bestimmter Einzelpersonen.

Die Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt.

Es begann die

Vernehmung der Angeklagten

Generaldirektor Wilhelm Jeppel schilderte seine Entwicklung: 1926 hatte er bei Gründung der Deutsch-Evangelischen Baugenossenschaft Mülheim (Ruhr) deren Leitung übernommen. Diese Genossenschaft umfaßte ursprünglich nur 30 bis 32 Personen. Die Mitgliederzahl stieg dann außerordentlich. 1927 betrug die Zahl der Genossen 100 000. Dann kam eine Arbeitsgemeinschaft mit der Devaheim zustande, die sich dank der Werbetätigkeit der Landesverbände der Inneren Mission ebenfalls außerordentlich entwickelte. Die Aufnahme der sogenannten Siedlerverträge fand Widerspruch beim Zentralausschuß, worauf die „Deuzag" gegründet wurde, bei der das „Zeit-mal-Geld-System" eingeführt wurde. Dann wurde die Heimstättenbank ins Leben gerufen, die den Kauf von Goldpfandbriefen vornehmen sollte, um Hypothekengelder zu beschaffen, die bereits nach einem halben Jahre die Höhe von sechs Millionen Mark erreichten. Ferner bevorschußte die Heimstättenbank Bausparverträge. In dem Vertrag der Baugenossenschaft mit der Devaheim war vereinbart, daß bei einem Drittel Anzahlung zwei Drittel als Kredit beansprucht werden durften, die der Devaheim mit 25 Prozent verzinst wurden. Eine strafbare Handlung hatte der Angeklagte in dieser Zuteilung von Devaheim-Geldern an die Baugenossenschaft nicht erblickt.

Zu der gleichen Frage wurde dann **Pastor D. Cremer** vernommen, der 64 Jahre alt ist, seit Jahrzehnten keine pfarramtliche Tätigkeit ausgeübt hat, sondern als Geschäftsführer der Vereine und Verbände des Zentralausschusses für Innere Mission tätig war. Seit 1926 war er Schatzmeister des Zentralausschusses, Vorsitzender der Evangelischen Versicherungszentrale, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Devaheim, der Heimstättenbank, der Isotra, der Stephans-Dach-Gesellschaft und der Deuzag, Mitglied des Aufsichtsrats der Baugenossenschaft Mülheim (Ruhr) und Inhaber zahlloser anderer Posten. D. Cremer gab dann mit Genehmigung des Vorsitzenden

eine allgemeine Erklärung

ab, in der er sagte:

„Ich fühle mich völlig unschuldig. 40 Jahre habe ich im Dienste der freien evangelischen Wohlfahrtspflege gestanden und nicht wenige wirtschaftliche Unternehmungen ins Leben gerufen; niemals aber habe ich persönliche Vorteile gesucht. Ich bin froh, daß der Prozeß beginnt, der mir die Möglichkeit der Verteidigung und Abwehr gibt und dadurch endlich Klarheit geschaffen wird. Meine Lebensarbeit hat im Dienste für die evangelische Kirche gestanden. Ich glaube, daß meine Mitarbeit nicht wertlos und nicht ohne sichtliche Wirkung für die Kirche gewesen ist; **ich war aber nie Organ der Kirche im rechtlichen Sinne, sondern ein Exponent der freien Liebestätigkeit. Daß bei den wirtschaftlichen Arbeiten oft Gegensätze zur amtlichen Kirche entstanden, lag in der Natur der Sache, die Kirche aber hatte keine Verbindung mit den Wirtschaftsgebilden.**"

Der zweite Punkt der Anklage behandelte die Fehlleitungen der Spargelder des Devaheimkonzerns und die Auszahlung von Schweigegeldern. An den Mitangeklagten **Claußen,** der die amerikanische Auslandanleihe des Zentralausschusses zu verwalten hatte, sind zur Gründung der Arbeitsbaustoffgesellschaft 50 000 Mark gegeben worden. Claußen war vorgeworfen worden, bei der Verwaltung der Auslandanleihe 1 Million unterschlagen zu haben. Daraufhin schrieb Claußen an alle Kirchenfürsten und erhob Vorwürfe gegen die Devaheimgesellschaft. Gleichzeitig erschienen im „Berliner Herold" Artikel gegen Pastor Cremer. Durch das Büro des Dr. Frey wurden dann 8000 Mark an den Verlag des „Herold" gegeben, damit keine weiteren Artikel in diesem Blatt erschienen. An Claußen wurden 50 000 Mark und später noch einmal 70 000 Mark gegeben, damit er aus der Leitung der Auslandanleihe ausschied. Dem „Industriecourier" wurden erst 22 000 Mark und später auf fortgesetzten Druck noch weitere Summen gezahlt. Das an die Christlich-Soziale Partei zum Ankauf der „Täglichen Rundschau" gegebene Darlehen von 20 000 Mark hält **Pastor Cremer** auch heute noch für gut. Der Kauf des Grundstückes am Monbijouplatz wäre nach Ansicht der Angeklagten mit gutem Gewissen zu verantworten gewesen, da der Konzern in kurzer Zeit ohnehin das gesamte Bürohaus beansprucht haben würde. In allen Fällen seien die Mittel nicht aus den Spargeldern des Konzerns, sondern aus den Gewinnen der „Deuzag" genommen worden.

Der Staatsanwalt wandte dagegen ein, daß es sich nicht um Gewinne, sondern um Beträge handelte, mit denen die Verwaltungskosten gedeckt werden sollten.

Der 26jährige Prokurist der Devaheimgesellschaft, **Ernst Wilhelm Cremer,** erhielt bei der Heimstättenbank als 22jähriger im gleichen Jahre Prokura. Wenig später wurde er Vorstandsmitglied der Deuzag, Geschäftsführer der Isotra und Vorstandsmitglied der Devaheim. Der Angeklagte wurde zuerst über den Fall von Zastrow vernommen, der einen Sparvertrag von 420 000 Mark abgeschlossen hatte, auf den er 30 000 Mark einzahlte. Von Zastrow wollte von diesem Vertrag zurücktreten, aber die Devaheim ging nicht darauf ein. Obwohl der Sparvertrag von Zastrow in Wirklichkeit aufgehoben worden war, erfolgte eine Zuteilung auf einen Kredit zum Erwerb eines Grundstücks in Höhe von 420 000 Mark, von denen gegen hypothekarische Sicherheit Wilhelm Jeppel 45 000 Mark erhielt und weitere 45 000 Mark als Darlehen an die Isotra gegeben wurden.

Der Staatsanwalt erklärte dann, daß nach den Angaben Jeppels über 700 000 Mark an Schmiergeldern gezahlt wurden, während seine Aufrechnungen einen Betrag von kaum 200 000 Mark ergaben, so daß also noch ein erheblicher Betrag ungeklärt ist.

Der Angeklagte **Jeppel** machte dagegen geltend, daß durch die Sachverständigen ein Betrag von 453 000 Mark an Schweigegeldern ermittelt worden sei.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wird dann eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Zuteilungen bevorzugt erfolgten oder auch nur fingiert wurden. Die Bevorzugung geschah in der Form, daß in zurückgenommene Sparverträge neue Mitglieder eintraten, die dann zum Nachteil der anderen Sparer Bevorzugtengelder erhielten. In einem anderen Falle wurde eine Taxe für ein Grundstück als Sicherheit gegeben, von der die Anklage behauptet, daß sie in betrügerischer Absicht ausgefertigt worden sei.

Der Angeklagte **Kocks,** der zur Geschäftsführung der Baugenossenschaft Mülheim (Ruhr) gehörte, vermittelte die Taxe. Einen bestimmten Betrag habe er nicht genannt.

Der Bruder des Angeklagten Wilhelm Jeppel, **Paul Jeppel,** wurde im Mai 1929, also im Alter von 23 Jahren, Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft. Er hat die Taxe des Grundstücks in Mülheim nach Berlin weitergegeben, kannte aber weder ihren Inhalt, noch den Zweck dieser Taxe.

Die Angeklagten bestritten in allen Fällen, sich strafbar gemacht zu haben.

Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Freitag anberaumt.

42 Bauarbeiter bei einem Tunnelbau verschüttet

Aus Valparaiso, 18. Mai, wird gemeldet: Auf der Transandischen Bahn ereignete sich heute nahe der chilenisch-argentinischen Grenze ein furchtbares Unglück, dessen Folgen vorläufig noch nicht abzusehen sind. In der Nähe der Grenze bei Las Raicas wird ein Tunnel gebaut. Ein Teil des Baues ist heute eingestürzt. Nähere Nachrichten über den Hergang und die Ursache dieser Katastrophe fehlen noch. Fest steht nur, daß 42 Arbeiter, die an der Einsturzstelle beschäftigt waren, unter den Trümmern begraben liegen. Ihnen Hilfe zu bringen, ist nur von einer Seite möglich gewesen, das Unglück wollte es aber, daß sich dort, gleich nachdem die Rettungsarbeiten begonnen hatten, ein zweiter Einsturz ereignete. Dadurch wurde die Sauerstoffleitung, die der Hilfsmannschaft die nötige Luft zuführte, zerstört, und alle Arbeiter, welche an der Rettung der Eingeschlossenen tätig waren, mußten unverzüglich ihr Werk abbrechen und flüchten. Es besteht keine Hoffnung mehr, die 42 Verunglückten zu retten.

Die Tagung des VDA

Den Abschluß der in Ostpreußen abgehaltenen Tagung des VDA. bildete eine am Mittwoch im Sitzungssaale des Landeshauses in Königsberg veranstaltete Kundgebung aus Anlaß der Vereinigung des Ostpreußischen Schulvereins mit dem Verein für das Deutschtum im Auslande.

Minister a. D. Geßler als Vorsitzender des VDA. begrüßte den Ostpreußischen Schulverein in der großen Arbeitsfront des Verbandes, erkannte die vom Schulverein geleistete wertvolle Arbeit im abgetrennten Ostpreußen dankbar an, verwies auf den Abstimmungsdienst der ostpreußischen Heimatverbände und bedauerte, daß den übrigen ostdeutschen Gebieten, insbesondere dem Memelland, nicht Gelegenheit zur Volksabstimmung gegeben war; dann würde es heute nicht eine Korridorfrage, eine Danziger Frage und eine Memelfrage geben. Das Bekenntnis der Memellanddeutschen durch die Wahlen sei im Grunde auch ein Bekenntnis zum Reich.

Die Folge eines Zusammenstoßes politischer Gegner: Ein Toter und Zuchthaus

Das Schwurgericht III in Berlin verurteilte den Arbeiter Winkler wegen gemeinschaftlichen Totschlags in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch, Raufhandel und Schußwaffenvergehens zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Angeklagten Krausch und Kornberger wurden zu je 1 Jahr 6 Monaten und drei andere Angeklagte zu Strafen von 9 und 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die sechs kommunistischen Angeklagten waren im Dezember 1929 an einer Schießerei in Berlin-Wilmersdorf beteiligt, bei der ein Nationalsozialist erschossen wurde.

Drahtlose Bildübertragung in Klischeeform. Dem technischen Leiter der Schweizerischen Radio-Typo-Gesellschaft, Direktor Guth, ist es nach jahrzehntelangen Versuchen gelungen, auf drahtlosem Wege über Entfernungen von mehreren tausend Kilometern originalgetreue bildliche Darstellungen und Wiedergaben von Dokumenten und Drucksachen derart zu übertragen, daß sie am Bestimmungsort in Form reproduktionsfähiger Klischees empfangen und ohne weiteres ihrem Verwendungszweck zugeführt werden können. Die versuchsweisen Uebertragungen, die bisher zwischen Zürich und Athen gemacht wurden, sind von Zürich aus nach dem auf hoher See befindlichen Lloyd-Schnelldampfer „Bremen" geglückt.

„Noblesse oblige"

Sensationeller Abenteurer-Prozeß in Genf — Eine lukrative Spekulation auf die Eitelkeit

In Genf steht die Eröffnung des Prozesses gegen den „Großmeister des Universalordens für Verdienste um die Menschheit" bevor, dem Geschädigte in aller Welt mit Spannung entgegensehen. Der „Großmeister", ein ehemaliger Sergeant der Fremdenlegion namens Arthur Leuba, ging bei seinen betrügerischen Manipulationen von dem Erfahrungssatz aus, daß Eitelkeit aller menschlichen Schwächen größte und verbreitetste ist. Kurz entschlossen „stiftete" er im Jahre 1923 den oben erwähnten „Orden" mit dem Sitz in Genf. Die Statuten besagten nichts weniger, als daß der Orden eine Art internationale Ehrenlegion darstelle unter der Devise „Noblesse oblige". Zu Rittern des Ordens konnten alle diejenigen ernannt werden, die „durch ihre Tugenden und ihre Arbeit zu einem Vorbild wurden, nach dem die Menschheit streben solle". Als „Großmeister" fungierte der Stifter. Neun Namen von Klang bildeten — auf dem Papier! — den „Aufnahmeausschuß". Der Orden selbst bestand aus einem fünfeckigen goldenen Stern, in den erbauliche Sprüche eingraviert waren. Er wurde verliehen an „Ritter", „Offiziere" und „Kommandeure". Getragen wurde er an einem breiten grünen Band. Die Auszeichnung erfolgte gegen Zahlung von 50 bis — je nach der Klasse — 400 Schweizer Franken. An hervorragende Persönlichkeiten auf allen Gebieten und in allen Ländern wurde schriftlich mitgeteilt, daß „der Orden in Anbetracht der hohen Verdienste um ... beschlossen habe, Herrn ... zum Ritter — Offizier — Kommandeur des Ordens zu erheben". Prompt leisteten die also „Geehrten" in neunzig von hundert Fällen die Zahlung der „Gebühren", so daß dem gerissenen Schwindler im Laufe der Jahre viele Hunderttausende in die Hände fielen. Unter den so schändlich betrogenen „Größen" befinden sich Politiker und Staatsmänner fast aller Nationen, exotische Fürsten, Wissenschaftler, Künstler usw., deren Namen in einer genau geführten „Ordenskartothek" verzeichnet sind. Die Mehrzahl der Betrogenen hat — um dem Gelächter der Welt zu entgehen — auf Strafverfolgung verzichten zu wollen erklärt. Trotzdem wird sich in dem jetzt anstehenden Verfahren in Genf nicht vermeiden lassen, daß Einzelheiten zur Sprache kommen, wie Briefe an den „Großmeister", in denen die Ausgezeichneten ihren Dank für die Ehrung ausdrücken und sich mit den Bestimmungen einverstanden erklären unter der Bedingung, daß es ihnen erlaubt sein müsse, die Mitgliedschaft des Ordens auf dem Briefbogen erwähnen zu dürfen usw., die den Beweis geben, daß die Spekulation auf die Dummheit und Eitelkeit immer noch eine lohnende Angelegenheit ist.



Von der Tagung des VDA in Elbing

Auf der Elbinger Tagung des Vereins für das Deutschtum im Auslande hielt der frühere Regierungspräsident Graf Baudissin einen Vortrag über Siedlungs- und Erziehungsfragen in der östlichen Landwirtschaft

Westdeutsches

Die Atomzertrümmerung

Die 37. Hauptversammlung der Deutschen Bunsen-Gesellschaft für angewandte physikalische Chemie wurde am Dienstagvormittag im Auditorium Maximum der Universität Münster unter außerordentlich starkem Andrang eröffnet.

Der 1. Vorsitzende der Deutschen Bunsen-Gesellschaft, Direktor Dr. Specketer, Frankfurt a. Main,

eröffnete die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er ausführte, daß das Land der Roten Erde als die deutsche Provinz bekannt sei, wo das stärkste wirtschaftliche Leben pulsiere und seine Hauptprodukte, Kohle und Eisen, weit über Deutschlands Grenzen die Grundstoffe für jede technische Betätigung liefere. Er wies in seinen weiteren Ausführungen auf die Wichtigkeit des Hauptthemas der Tagung, „Radioaktivität" hin, für das einer der prominentesten Gelehrten auf diesem Gebiete, Lord Rutherford-Cambridge, zu einem Vortrag gewonnen sei.

Oberpräsident Gronowsky überbrachte die Grüße der Reichs- und Staatsregierung. Geheimrat Dr. Krause sprach für den verhinderten Rektor der Universität. Den Willkommensgruß der Stadt Münster überbrachte Bürgermeister Schlanstein.

Dann nahm Geh. Rat Prof. Dr. Schmidt das Wort zu einer Gedenkrede auf Wilhelm Hittorf, einen der wichtigsten Vorkämpfer auf dem Gebiete der Radioaktivität. Hittorf, der lange Zeit in Münster wirkte und auch auf dem dortigen Zentralfriedhof seine letzte Ruhestätte bekommen hat, habe schon damals die ganze Grundlage der heutigen Wissenschaft geschaffen. Der Redner entrollte ein ausführliches Lebensbild dieses charaktervollen Menschen, mit dem er persönlich jahrelang zusammengearbeitet habe.

Dann übernahm Prof. Dr. Hahn-Berlin die Leitung der Versammlung, und unter allgemein stürmischem Beifall betrat als erster Redner

Lord Rutherford

das Rednerpult. Der Nestor der Radioaktivität führte in seinem, unter atemloser Spannung der Zuhörer in englischer Sprache vorgetragenen, etwa ¾stündigen Ausführungen über die Entwicklung der Atomzertrümmerungsversuche u. a. aus: In den letzten Jahren beschäftigten sich die Forscher vieler Länder (in Deutschland Brasch und Lange) mit der künstlichen Erzeugung von Strahlen hoher Energie, die von dem radioaktiven Stoff unabhängig machen sollten. Im Laboratorium Rutherfords gelang es Cockeroft und Walton, den entscheidenden Schritt zu tun. Wasserstoffkerne wurden in elektrischen Feldern bis zu einer Million Volt beschleunigt. Wenn nun diese sehr energiereichen Geschosse auf andere Atome auftreffen, dann werden Alpha-Strahlen von sehr hoher Energie ausgesandt. Am leichtesten gelingt dieser Versuch beim Lithium, einem Element, das dem Natrium nahesteht, aber auch bei einigen anderen Elementen konnte schon das gleiche Ergebnis erzielt werden, wie z. B. beim Bor, beim Fluor und vielleicht beim Aluminium. Man darf sich vorläufig vorstellen, daß

das Wasserstoffteilchen mit sehr hoher Energie dem Atomkern nahekommt. Es wird dann von diesem eingefangen, lagert sich an und baut einen neuen Atomkern auf.

Aber der neue Atomkern ist nun nicht beständig und zerfällt sofrt unter Aussendung von Alpha-Teilchen. Beim Lithium scheint aus einem Lithium-Kern und einem Wasserstoffteilchen ein neuer Kern zu entstehen, der vollkommen in zwei Alphateilchen zerfällt. Der ganze Lithiumkern geht also bei der Beschießung mit Wasserstoffteilchen in Alphateilchen über. Diese Entwicklungsreihe der Atomzertrümmerungsversuche, die Rutherford in seinen fesselnden Ausführungen bis zu den schönen Erfolgen der neuesten Zeit schilderte, zeigten allen Teilnehmern der Tagung in deutlicher und klarer Weise den augenblicklichen Stand dieses hochmodernen Forschungszweiges. An eine praktische Verwertung dieser rein wissenschaftlichen Versuche zum Zwecke der Energiegewinnung und dergl. ist im Augenblid noch nicht zu denken.

Zu dem gleichen Hauptthema wurden noch sieben weitere Vorträge gehalten, so von Prof. Meyer-Wien, der über die Entwicklungsrichtungen der radioaktiven Forschung und Auswirkungen auf Nachbargebiete berichtete. Ferner sprachen Prof. Geiger-Tübingen, Prof. L. Meitner-Berlin, Prof. Przibram vom Wiener Radioinstitut usw. Anschließend wurden noch mehrere Einzelvorträge zum Hauptthema gehalten.

Am Mittwoch begann die Tagung mit über 30 Einzelvorträgen auf dem Gebiete der Radioaktivität, der Metallkunde, der Phasenlehre und Thermochemie, der Kinetik, der Chemie der Lösungen, Elektrochemie und Magnetochemie usw.

Der deutsche freiwillige Arbeitsdienst als Muster

Eine englische Ministerialkommission im Siegerland

Im Siegerland weilten auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums Vertreter des englischen Wohlfahrtsministeriums, um die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes in Augenschein zu nehmen. Staatssekretär Hudson in Begleitung zweier Ministerialräte besichtigte unter Führung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Dortmund die Arbeiten bei Mudersbach a. d. Sieg, um für seine Regierung, die sich gegenwärtig auch mit der Frage der Organisation eines freiwilligen Arbeitsdienstes zur Behebung der Arbeitslosigkeit beschäftigt, wertvolle Anregungen zu erhalten.

Die Brücke brach

Lastwagen mit Anhänger stürzten in die Aa

Gestern ereignete sich auf der Landstraße Lingen—Rheine ein schweres Unglück. Als ein von Rheine kommender Lastzug einer Münsterschen Brauerei über die Aa-Brücke fahren wollte, gab diese nach und die zwei Wagen stürzten in den 7 Meter tiefer liegenden Fluß. Fahrer und Beifahrer konnten sich nicht mehr in Sicherheit bringen. Während der Chauffeur nur unbedeutende Verletzungen erlitt, trug der Beifahrer so schwere Quetschungen davon, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Lastwagen und Anhänger wurden erheblich beschädigt.

Wesel. Ein 12jähriger Schüler als Handtaschenräuber. In der Nähe des Bahnhofs wurde einer zugereisten Dame von einem 12jährigen Schüler eine Handtasche mit 50 RM. Bargeld und anderen Wertsachen unter dem Arm fortgerissen. Der jugendliche Räuber ergriff die Flucht, doch konnte er von einem Manne, der ihn mit einem Fahrrad verfolgte, gefaßt und der Polizei übergeben werden. Die Handtasche hatte der Straßenräuber bei der Verfolgung fortgeworfen. Sie wurde jedoch gefunden und konnte der Ueberfallenen zurückgegeben werden.

Xanten. Mückenstich — Autounglück. Auf der Landstraße nach Marienbaum verlor ein Kraftwagenführer die Herrschaft über seinen Wagen, als er eine ihn belästigende Mücke abwehren wollte. Der Wagen fuhr mit aller Gewalt gegen einen an der Straße parkenden Kraftwagen, der zur Seite geschleudert wurde und in eine dort lagernde Gesellschaft fuhr. Eine Dame wurde so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhause in Xanten zugeführt werden mußte, wo man feststellte, daß die Hüftknochen herausgerissen waren. Ein Begleiter der Dame erlitt schwere Schnittwunden.

Jugendtreffen heimattreuer West- und Ostpreußen

Die Bezirke des Rhein.-westf. Hauptverbandes heimattreuer West- und Ostpreußen veranstalteten mit ihren Jugendabteilungen in Hagen ein Jugendtreffen. Beteiligt waren 2000 Jugendliche. Eine Gruppe führte auf 32 Wimpeln die Namen der im Weichselkorridor entrissenen deutschen Orte. Der 1. Vorsitzende des rhein.-westf. Hauptverbandes, Böhnke, begrüßte die Erschienenen. Die Veranstaltung solle die Einleitung zu der großen heimattreuen Jugendbewegung sein. Das Endziel sei, die Liebe zur angestammten Heimat zu erhalten und zu pflegen. Solange die Herzen für den deutschen Osten schlügen, solange sei die alte Heimat für Deutschland nicht verloren. Starke Entrüstungskundgebungen lösten die Mitteilungen des Redners über neue Schikanen der Polen aus, denen die Landsleute im Reiseverkehr durch den Korridor ausgesetzt seien. Umrahmt war die Feier von leichtathletischen Wettkämpfen.

Danksagung

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sprechen wir unseren tiefempfundenen Dank aus.

Fritz Osbringhaus sen. und Kinder

Hilgen, im Mai 1932.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande der Landwirte Cuno Heinrichs und Jos. Jenniges in Oberwietsche bei Burscheid und zum Schutze gegen die Weiterverbreitung der Seuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (Reichsgesetzblatt S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes angeordnet:

§ 1.

Den Sperrbezirk bildet die Ortschaft Oberwietsche nebst den dazu gehörenden Weiden und Zufahrtsstraßen im Umkreise von 300 Meter.

§ 2.

In dem vorbezeichneten Sperrbezirk unterliegen sämtliche Wiederkäuer und Schweine der Sperre Die Aus- und Einfuhr von Klauenvieh aus dem Sperrbezirk (§ 1) bezw in denselben ist verboten. Jedoch darf das abgesonderte Klauenvieh zur sofortigen Schlachtung entfernt werden, sofern unmittelbar vor der Ausführung der Tiere zur Schlachtstätte durch amtstierärztliche Untersuchung festgestellt wird, daß der gesamte Klauenviehbestand des Sperrbezirkes seuchenfrei ist. Genehmigungsanträge sind bei mir zu stellen.

§ 3.

Für den ganzen Bereich des Sperrbezirks gelten folgende Beschränkungen:

a) Sämtliche Hunde sind festzulegen. Der Festlegung ist das Führen an der Leine und bei Ziehhunden die feste Anschirrung gleich zu achten
b) Schlächtern, Viehkastrierern, sowie Händlern und anderen Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben und die gewerbemäßig in Ställen verkehren, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.
c) Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nur mit ortspolizeilicher Genehmigung unter den polizeilich anzuordnenden Vorsichtsmaßregeln ausgeführt werden.
d) Die Einfuhr von Klauenvieh in die Sperrbezirke und das Durchtreiben von Klauenvieh durch den Sperrbezirk ist verboten. Dem Durchtreiben von Klauenvieh ist das Durchfahren mit Wiederkäuergespannen gleichzustellen.
e) Die Weggabe von Milch aus den verseuchten Gehöften ist nur nach vorheriger Abkochung gestattet.
f) Geflügel ist so zu halten, daß es über die Grenzen des verseuchten Gehöftes hinaus nicht frei umherstreifen kann.

§ 4.

Es ist verboten, in einem Umkreise von 15 Klm. vom Seuchenorte:

a) Die Abhaltung von Klauenviehmärkten und marktähnlichen Veranstaltungen sowie der Auftrieb von Klauenvieh auf Jahr- und Wochenmärkte.
b) der außerhalb der gewerblichen Niederlassung (des Wohnortes) des Händlers durch diesen betriebene Handel mit Klauenvieh, sofern eine Bestellung nicht vorliegt. Als Handel im Sinne dieser Vorschrift gilt auch das Aufsuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.
c) Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh. Das Verbot findet keine Anwendung auf Viehversteigerungen auf dem eigenen nichtgesperrten Gehöfte des Besitzers, wenn nur Tiere zum Verkauf kommen, die sich mindestens drei Monate im Besitze des Versteigerers befinden.
d) Die Abhaltung von öffentlichen Tierschauen mit Klauenvieh.

§ 5.

Die weiter getroffenen Anordnungen der Ortspolizeibehörde bleiben unberührt.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach den §§ 74—77 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 und dem § 328 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft.

§ 7.

Diese Anordnung tritt sofort mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Opladen, den 18. Mai 1932.

Der Landrat.
In Vertretung: Stapmanns.



Zeitgerechte Sorten, von Millionen Rauchern begrüßt!

GEG-Smarra zu 2½ Pf. mit und ohne Mdst.

GEG-Iris zu 3⅓ Pf. oval, mit Gold-, Kork- u. ohne Mdst.

GEG-Jaka zu 3⅓ Pf. rund, dick und ohne Mdst.

sind nur zu haben in der

Konsumgenossenschaft

Einigkeit

Wer zum

Teppicheinkauf

nach Köln fährt, versäume nicht, meine **Riesenlager im Teppichhaus Neumarkt** zu besichtigen. Meine Lager in **Gardinen, Stores, Dekorationsstoffen** werden Sie in Erstaunen setzen.

Teppichhaus Neumarkt
(Inhaber Ludwig Heidenheimer)
Köln, Neumarkt 14.

Naturheilvereine e. V. Burscheid

Donnerstag, 19. Mai, abends 8.30 Uhr, im Vereinslokal Urbahn, hier

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über die Gruppentagung in Barmen am 17.4.
2. Eröffnungsfeier im Licht-Luftbad.
3. Morgenwanderung.
4. Licht-Luftbadfragen.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung bittet:

Die Vereinsleitung.

Kasino Blasberg

Donnerstag, 19. Mai, abends 8.30 Uhr,

Versammlung

Tagesordnung:

1. Zahlung der Bezüge.
2. Bestellung von gemahlenem Kainit und Briketts.
3. Besprechung wegen Bestellung einer Viehwage.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Anschließend Bezahlung des 2. Quartals für die Stierhaltungs-Genossenschaft.

UHREN-Reparaturen

preiswert unter Garantie.

Haarsma

Uhrmacher und Optiker
Burscheid, Hauptstraße 66.

Kinderloses Ehepaar sucht schöne

3 Zimmer-Wohnung

Angebote unter **C. 83** an die Geschäftsstelle dsr. Zeitung.

Properes fleißiges

Mädchen

in Geschäftshaus sofort gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Pfingstmontag zwischen Kaltenherberg und Altenberg

Brosche mit grünem Stein verloren!

Gute Belohnung.

Frau von Beckerath
Krefeld, Jungfernweg 30.

Gewinnauszug
2. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag — 18. Mai 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 64559
2 Gewinne zu 5000 M. 227594
10 Gewinne zu 3000 M. 3132 42900 78942 254220 296678
10 Gewinne zu 2000 M. 45710 93994 118436 272708 298454
24 Gewinne zu 1000 M. 2457 184853 195768 236442 284952 322221 325471 360329 373142 377035 383837 385883
40 Gewinne zu 800 M. 2286 46025 64487 82469 90449 102678 110905 156210 184346 205739 219988 223106 358088 358915 362261 366184 376940 384233 384415 387366
44 Gewinne zu 500 M. 11108 19164 57143 87231 95367 128809 143887 155672 193148 210559 213417 235502 238467 244050 265712 308566 322708 336862 361394 378522 387832 392797

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 106916
4 Gewinne zu 5000 M. 28626 374357
4 Gewinne zu 3000 M. 12547 318426
8 Gewinne zu 2000 M. 31517 45065 228323 245883
18 Gewinne zu 1000 M. 43315 61794 65260 72235 101174 112863 271759 279971 324874
32 Gewinne zu 800 M. 17317 29445 35038 37107 68565 104454 132419 136142 145647 150382 152919 203785 234811 268524 334075 398501
42 Gewinne zu 500 M. 7648 67056 79689 140157 146452 148107 158036 193105 194512 219079 240020 245909 251032 257068 264119 266194 272427 294409 362720 367729 392158

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 115 2. Blatt Donnerstag, 19. Mai 1932

Zur Einführung von Wanderbüchern

Die Wanderherrlichkeit des alten Handwerksburschen gehört einer romantischeren Vergangenheit an. Das moderne Wirtschaftsleben mit seiner Massenarbeitslosigkeit als Dauererscheinung hat ein neues weniger erfreuliches Anschwellen der Zahl der wandernden Arbeiter zur Folge gehabt. Ein bekannter Sachkenner schätzt die Zahl dieser Wanderer auf rund 400 000 im Jahr.

Der Handwerksbursche der alten Zeit bezweckte mit seinem Wandern von Meister zu Meister im wesentlichen Berufsausbildung und Sammlung von Berfus- und Lebenserfahrungen. Der moderne Arbeiter begibt sich lediglich getrieben von der Not seiner Heimat auf Arbeitssuche und ist bei dem Mangel an Arbeitsgelegenheit in steter Gefahr, in das Landstreicherleben herabzusinken. Diese Erscheinung ist umso bedenklicher, als ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz der Wanderer aus Jugendlichen besteht, die sich zum großen Teil nicht nur zum Zwecke der Arbeitssuche, sondern oft aus Freude an der „großen Fahrt" auf Wanderschaft begeben. Es ist in diesem Zusammenhang sehr charakteristisch, daß nach statistischen Erhebungen des Hauptstrom der jugendlichen Wanderer in den Sommer fällt, während die erwachsenen Wanderer umgekehrt gerade im Winter zu wandern pflegen, da sie im Sommer mehr Arbeitsmöglichkeit finden.

Um die schlimmsten seelischen und volkswirtschaftlichen Schäden des Wandererlebens zu bekämpfen, hat der Rheinische Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 14. März 1932 die Einführung eines Wanderbuches beschlossen und dazu Bestimmungen über Ausstellung und Führung eines Wanderbuches erlassen. Bayern und Württemberg sind in dieser Beziehung schon vorangegangen. In Preußen ist das Rheinland die erste Provinz, die die fürsorgerische Betreuung auch dieser Hilfsbedürftigengruppe in festere Formen gebracht hat. Eine endgültige systematische Regelung des Wandererwesens kann natürlich erst durch Erlaß eines Reichswandererfürsorgegesetzes erreicht werden, das seit langem erstrebt wird, jedoch unter den heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen vorläufig nicht erreichbar erscheint.

Nach der Verfügung des Landeshauptmannes soll durch die Einführung des Wanderbuches vor allem versucht werden, die mißbräuchliche Inanspruchnahme der Wohlfahrtsämter und der Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege sowie das Ueberhandnehmen der Bettelei durch ortsfremde mittellose Wanderer zu verhindern. Das Wanderbuch bezweckt eine Kontrolle der Wanderer, der von ihnen eingeschlagenen Wanderwege, ihrer Arbeitsschicksale und der auf der Wanderschaft in Anspruch genommenen öffentlichen und privaten Fürsorge. Durch diese Kontrollmaßnahmen soll insbesondere die Erreichung folgender drei Forderungen ermöglicht werden:

1. die Jugendlichen, die auf der Wanderschaft in erhöhtem Maße gefährdet sind, in ihre Heimat und möglichst ins Elternhaus zurückzuschaffen.

2. die Arbeitsunfähigen und erheblich Erwerbsbeschränkten, die in Krankenhäuser, Heime und Arbeiterkolonien gehören, aus dem Wandererstrom auszusondern.

3. die Arbeitsunwilligen, Bettler und Landstreicher nötigenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen der Fürsorge den Heimen und Arbeitshäusern zuzuführen.

Entsprechend diesem Zweck ist die Ausstellung des Wanderbuches, die von allen Fürsorgeämtern sowie vom Bezirksfürsorgeverband vorgenommen wird, an bestimmte Bedingungen geknüpft, von denen wir nur die wichtigsten herausgreifen. Der Wanderer muß mindestens 18 Jahre und darf nicht über 65 Jahre alt sein. Die Ausstellung eines Wanderbuches kann abhängig gemacht werden von der Bekundung des Arbeitswillens des Wanderers. Das Wanderbuch wird versagt, wenn die Gefahr besteht, daß sich der Wanderer seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht entziehen will. Das Wanderbuch ist ferner nicht auszustellen, wenn der Antragsteller aus Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage ist, sich selbständig durch seiner Hände Arbeit zu ernähren. Wenn die asozialen und heimbedürftigen Wanderer vom Wandern nach Möglichkeit abgehalten werden sollen und lediglich allen arbeitswilligen und arbeitsfähigen Wanderern Wanderbücher ausgestellt werden, gewinnt die Schaffung ausreichender Arbeitsmöglichkeiten erhöhte Bedeutung. Die Aufgabe für die nächste Zukunft wird daher sein, die Provinz mit einem Netz von Wandererfürsorgeeinrichtungen zu versehen, sodaß die Wanderer aufgrund dieser Einrichtungen sich regelrechte Wanderpläne ausarbeiten können.

Aus diesem Bestreben der Behörde geht hervor, daß die Einführung der Wanderbücher durchaus nicht lediglich polizeilichen Kontrollzwecken dienen soll, sondern daß im Vordergrund dabei steht der fürsorgerische Zweck der Betreuung der arbeitslosen Wanderer. Durch das Wanderbuch soll in dem Verkehr zwischen beiden Teilen, zwischen Wandererfürsorgebehörde und arbeitsuchenden Wanderern, eine gewisse Vertraunesbasis geschaffen werden, sodaß sich letzten Endes der Zwang des Wanderbuches zum Segen der Wanderer auswirken wird.

Bekämpfung der Wanderunsitten

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht der Preußische Kultusminister in einem Runderlaß die Regierungen und Provinzialschulkollegien, den Lehrkräften allgemein erneut zur Pflicht zu machen, daß sie im naturgeschichtlichen Unterricht, auf Schulwanderungen, Elternabenden und bei sonst sich bietenden Gelegenheiten der Bekämpfung der Wanderunsitten ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Es gilt, der Schuljugend immerwieder vor Augen zu führen, daß das Abreißen von Laub und Zweigen an Baum und Strauch, das mutwillige Beschädigen von Baumstämmen, das Pflücken und Ausgraben von Pflanzen geschützter Arten sowie das Zusammenraffen von Blumensträußen ohne Maß und Ziel als Frevel an Natur und Heimat zu verabscheuen ist. Das gleiche gilt für das Fangen, Quälen und mutwillige Töten der Tiere, vor allem der Vögel mit ihren Nestern und Gelegen, der Schlangen, Eidechsen, Fische, Schmetterlinge und Käfer.

Neben der Achtung vor Tier und Pflanze gilt es, die Ehrfurcht vor der Heimatlandschaft in ihrer Gesamtheit zu wecken und wachzuhalten. Hier muß das Verunreinigen der Wälder, Fluren und Uferzonen durch Ueberreste von Mahlzeiten, durch Papier, Flaschen und Abfälle anderer Art immer wieder als unwürdig gebrandmarkt werden.

Als Ziel gelte bei alledem, die Belehrungen und Ermahnungen so zweckmäßig und eindringlich zu gestalten, daß sie sich auch außerhalb der Schulzeit und auch für die Begleiter der Kinder, die Eltern und Angehörigen, als wirksam erweisen.

Der rhein. Gemüsebau am Erliegen

Seit Jahren kämpft der rheinische Gemüsebau einen schweren Kampf um seine Existenz. Er hat in den Nachkriegsjahren seine vielseitige Produktion in einem bewundernswerten Ausmaß der Menge und Qualität nach gesteigert. Alle Mittel der Selbsthilfe kamen zur Anwendung. Die Sorten wurden vereinfacht, Glas- und Gewächshäuser mit teuren Krediten erbaut, die Qualität verbessert, die Marktanlieferung beschleunigt, die Ware durch sachgemäße Verpackung und Herrichtung vollmarktfähig gemacht, der Absatz durch Gründung von Genossenschaften und Veilings vervollkommnet, Kohlscheunen errichtet und dergleichen mehr. Das alles geschah unter dem anhaltenden Druck schärfster ausländischer Konkurrenz auf den rheinischen Gemüsemärkten. Heute sind alle Selbsthilfemaßnahmen restlos erschöpft.

In den letzten beiden Jahren ist durch die Einschränkung des Zuckerrübenbaus die Gemüseerzeugung in der Rheinprovinz weiter ausgedehnt worden. Ueber 3000 ha von insgesamt 12 000 ha verminderte Rübenfläche sind in den feldmäßigen Gemüsebau übergeführt worden. Dadurch war es möglich, die hohe Intensität der Rübengegenden aufrechtzuerhalten, vermehrte Arbeitskräfte zu beschäftigen, da der intensive Gemüsebau das Drei- und Vierfache an Kräften benötigt, wie der Zuckerrübenbau, und schließlich durch die gesteigerte inländische Gemüseerzeugung von den Auslandszufuhren unabhängiger zu werden und Devisen einzusparen. Diese national-wirtschaftlich bedeutungsvolle Arbeit des rheinischen Gemüsebaues ist bisher vom Staat weder richtig erkannt, noch gebührend geschätzt worden. Bei keinem anderen Produktionszweig fehlen so sehr wirtschafts- und handelspolitische Schutzmaßnahmen wie beim Gemüsebau. Es ist aber finanzpolitisch ein Widersinn sondergleichen, wenn auf der einen Seite der Staat selbst Kredite für die Forcierung der Gemüseausdehnung, für den Glasbau und für die Absatzeinrichtung hergibt, und auf der anderen Seite die vermehrte Erzeugung gegen die billigere Auslandsproduktion derart schutzlos läßt, daß die gesamten Anlagen und Einrichtungen zur Unrentabilität und zum sicheren Verfall verurteilt sind.

Wenn man berücksichtigt, daß der Preisrückgang gegen 1924 beispielsweise bei Rosenkohl 350 Prozent, bei Rotkohl 275 Prozent, bei Weißkohl 163 Prozent, bei Wirsing 280 Prozent, bei Spinat 288 Prozent beträgt, auf der anderen Seite aber die Produktionskosten auch nicht annähernd stark gesunken sind, so muß jedem klar werden: der rheinische Gemüsebau ist fast ausnahmslos zur völligen Unrentabilität verurteilt. Es gibt keine irgendwie geartete Selbsthilfemöglichkeit, wenn nicht beschleunigt staatliche Schutzmaßnahmen getroffen werden. Zu diesen Schutzmaßnahmen gehören in erster Linie weitgehende Einfuhrdrosselung fremden Gemüses, völlige Einfuhrsperre für entbehrliche Frühgemüse, Frühkartoffeln und Südfrüchte, Befreiung von der erhöhten Umsatzsteuer für Gemüse, Aufhebung des preisunterbietenden Kommissionsgeschäfts, Beseitigung des die Auslandskonkurrenz fördernden Reexpeditionsgeschäfts und Gewährung einer mehrjährigen Freizeit von Tilgungs- und Zinsraten für den Gemüsebau.

Mehr Feldgemüsebau

Schafft deutsche Qualitätsware

Dr. P. Lieb, Landwirtschaftslehrer und Wirtschaftsberater

Der Ruf nach Qualitätsware bei Lebensmitteln jeglicher Art seitens der Verbraucherschaft ist gerade beim Obst und Gemüse besonders stark. Es ist tief bedauerlich, daß Auslandsware Jahr für Jahr den deutschen Markt überschwemmt, während der deutsche Erzeuger mangels günstigen Absatzes in seiner Ware erstickt und oft an sein Vieh füttern muß.

Deutschlands Einfuhr an Obst und Gemüse betrug im Jahre 1913 = 302 Millionen und 1929 = 643 Millionen Reichsmark. Die Zahlen haben sich während dieser Zeitspanne also mehr als verdoppelt. Der Kampf des deutschen Produzenten gegen diese Einfuhr ist schwer. Er kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Qualität der deutschen Erzeugung die eingeführte ausländische übertrifft. Auch in gleichmäßiger Belieferung und guter Abmachung muß die deutsche Ware den Wünschen des Großhandels und des Publikums nachkommen.

Ueber den Einfluß der Düngung auf Beschaffenheit, Geschmack und Haltbarkeit des Gemüses wird in den Verbraucherkreisen viel debattiert. Frau Emma Kromer, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, die anläßlich einer Tagung süddeutscher Hausfrauenvereine eine Kommission zur Klärung dieser Frage gründete, sagt dazu: „Jauche und Latrine üben auf Güte und Wohlgeschmack des Gemüses einen durchaus ungünstigen Einfluß aus und zwar umso stärker, je frischer und konzentrierter sie sind. Hier fanden wir immer wieder den üblen Geruch, aber auch das Aussehen war schlecht. Bei wachsenden Pflanzen ist die Düngung mit Jauche oder Latrine ganz abzulehnen. Hiermit wird gerade im Kleingartenbau — aber auch im feldmäßigen — viel gesündigt, und die Klagen der Hausfrau in der Küche sind sicher meist auf eine solche unsachmäßige Düngung zurückzuführen. Gut verrotteter Stallmist und Kompost beeinflussen Qualität und Haltbarkeit günstig. Einseitige Anwendung von Handelsdüngern wirkt ungünstig auf Qualität und Quantität".

Die weiteren Untersuchungen der Kommission ergaben, daß die Anwendung von Volldüngern, wie Hakaphos und Nitrophoska, die Qualität und die Konservierungsmöglichkeit erheblich verbesserte zum mindestens aber nicht im ungünstigem Sinne beeinflußte. Durch die Verwendung dieser Volldünger, die sich auch als Kopfdünger recht gut eignen und die einseitige, nachteilige Düngung vermeiden, kann auch der nicht Sachverständige keinen groben Düngungsfehler machen und doch in den Genuß einer quantitativ und qualitativ gesteigerten Erzeugung gelangen.

Ratenweise Mietzinszahlung

Mieter, die infolge einer verfügten Ratenzahlung der Gehälter ohne ihr Verschulden gehindert sind, eine fällige Mietzinszahlung zu leisten, sind bekanntlich durch die Verordnung des Reiches vom 8. Juni 1931 geschützt. Durch diese Verordnung gelten nämlich die wegen Nichtzahlung oder nicht rechtzeitiger Zahlung nach Gesetz oder Vertrag eingetretenen Rechtsfolgen als nicht bestehend.

Für die Hauseigentümer können aus dieser Regelung gegebenenfalls Nachteile entstehen, da die Fälligkeitstermine der Grund- und Haussteuern bezw. der Umlagen hieraus unverändert geblieben sind. — Für derartige Fälle ist ein Bescheid des Reichsfinanzministers von besonderer Wichtigkeit, der hervorhebt, daß der den Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst gewährte Schutz stets an die Voraussetzung geknüpft ist, daß der Schuldner infolge der ratenweisen Gehaltszahlung ohne sein Verschulden an der Zahlung des gesamten fälligen Mietzinses gehindert ist. Der Reichsfinanzminister weist ferner darauf hin, daß der Hauseigentümer beim Vorliegen des oben erwähnten Tatbestandes Stundung der fälligen Steuern beantragen kann. Zur Begründung des Antrages genügt jedoch nicht lediglich die Bezugnahme auf die Ermächtigung zur ratenweisen Mietzahlung, sondern es ist hierbei der Sachverhalt im Einzelnen darzulegen.

Aus der Heimat

Entlassungen bei Frankenstein

Wir berichteten vor kurzem, daß die Schuhfabrik Frankenstein einen Stillegungsantrag eingereicht hat, wonach am 27. Mai 700 Arbeiter und 60 Angestellte zur Entlassung kommen sollen. Wie wir nun von bestorientierter Seite erfahren, wird dieser Antrag nicht durchgeführt werden. Am heutigen Donnerstag kommen bei Frankenstein infolge der sehr verminderten Aufträge, besonders aus dem Auslande, 150 Arbeiter zur Entlassung. Die Firma hofft die restlichen 500 Arbeiter in Arbeit und Brot zu halten.

Neuer Fahrplan

Mit dem kommenden Sonntag, den 22. Mai, tritt auf der Deutschen Reichsbahn der neue Sommerfahrplan in Kraft. Auf unserer Strecke sind die Züge teilweise beschleunigt worden, sodaß fast jeder Zug eine andere Abfahrtszeit hat wie vor dem 22. Mai. Man tue also gut daran und besorge sich einen Fahrplan, damit man keine Unannehmlichkeiten hat. Die beliebten Fahrpläne zu 30 Pfennig treffen am Samstag in unserer Geschäftsstelle ein. Bemerkenswert an dem neuen Fahrplan ist besonders, daß der Zug von Opladen, der bisher 17.32 Uhr abfuhr, im neuen Fahrplan bereits um 17.12 Uhr Opladen verläßt und um 17.40 Uhr hier eintrifft.

Den Fahrplan der Strecke Remscheid — Lennep — Burscheid — Opladen — Köln und umgekehrt werden wir in der kommenden Samstagausgabe zum Abdruck bringen.

Die Kastanien blühen

Jeden Tag erlebt man neue Wunder in der grünen Gotteswelt. Heute öffnet diese Blume ihre Knospen, morgen schon eine zweite und dritte. In den letzten Tagen sind auch die Blütenkerzen der Kastanienbäume aufgegangen. In schneeigem Weiß und rötlichem Schein leuchten sie hinaus in den Maientag. Besonders herrlich blüht wieder die Kastanienallee an der Bahnhofstraße. Aber auch an vielen anderen Stellen unserer Stadtgemeinde zeigen die Kastanien ihr Blütenwunder.

Maul- und Klauenseuche

Unter dem Klauenviehbestande der Landwirte Cuno Heinrichs und Josef Jenniges in Oberwietsche ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Den Sperrbezirk bildet die Ortschaft Oberwietsche nebst den dazu gehörenden Weiden und Zufahrtsstraßen im Umkreise von 300 Meter.

Unter dem Klauenviehbestande des Landwirten Karl Schmitz in Reusrath ist ebenfalls die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Den Sperrbezirk bildet das Gehöft des Karl Schmitz in Reusrath.

Aus dem Gerichtssaal

Jagdgeschichten sind in den letzten Jahren bei den Gerichtsverhandlungen fast an der Tagesordnung. Die Erwerbslosigkeit gibt vielfach Veranlassung dazu. Zwei Angeklagte aus Burscheid und Witzhelden hatten gemeinschaftlich Kaninchen frettiert und gaben dies auch in der gestrigen Sitzung des Opladener Amtsgerichts zu. Die Beute, 35 Kaninchen, wurde geteilt. Außerdem sollen sie aber noch ein Fuchseisen aufgestellt haben. Während der eine betont, nicht von der Fuchsgeschichte zu wissen, erzählt der andere eine lange Geschichte, die sehr nach Jägerlatein klingt. An der Stelle, wo er die Falle aufgestellt, sei ihm einige Zeit vorher ein Frettchen ausgeblieben. Mit Hilfe der Falle, die gar keine Fuchsfalle sein soll, hoffte er, sein Frettchen zurück zu erhalten. Diese Geschichte fand beim Gericht wenig Glau-

„Bitte vergessen Sie nicht . . ."

Der Sommer naht. Die heißen Tage bringen eine Reihe Erscheinungen mit sich, die den Rundfunkempfängern durchaus unliebsam sind.

Leider gibt es gegen die elektrischen Störungen der gewittergeladenen Atmosphäre noch immer keinen wirksamen Schutz, der auch den störungsfreien Empfang während eines Ferngewitters gestattet.

Wir werden also wohl auch fernerhin im Sommer häufig das Knattern und Zischen und Prusten unseres Lautsprechers über uns ergehen lassen müssen, wenn wir es nicht vorziehen, unsern Apparat ganz auszuschalten.

Dann aber: Vergessen Sie bitte nicht, Ihre Antenne zu erden!

Im Laufe der verhältnismäßig störungsarmen Wintermonate ist mancher Rundfunkhörer gegen die tausendmal gehörte Mahnung gleichgültig geworden und so besteht die Gefahr, daß viele Hörer, die nicht gewohnheitsmäßig nach jedem Empfang erden, im Sommer ihren Apparat und sich selbst der Blitzgefahr aussetzen.

Darum nochmals: Achten Sie darauf, nach jedem Empfang, besonders aber bei Gewitterneigung, Ihren Apparat auszuschalten und die Antenne zu erden.

---

ben, zumal der Mitangeklagte ihn bei der polizeilichen Vernehmung bereits belastet hatte. Das Urteil lautete gegen ihn auf je 30 Mark Geldstrafe, während der andere für das Frettieren der Kaninchen mit 30 Mark davon kam. Außerdem wurde auf Einziehung der beschlagnahmten Sachen erkannt. Das waren u. a. 29 Netze, ein Frettchen, 20 Kanikelfelle und 3 noch vorgefundene Kaninchen. Der Fuchsfallensteller will Berufung einlegen, während der andere sich mit dem Urteil einverstanden erklärte.

Der Schützenverein „Bergisch-Land"

hielt im schönen und einladenden Wiehbachtal sein diesjähriges Schützen- und Volksfest ab. Die Beteiligung war angesichts des prachtvollen Pfingstwetters gut. Nach Abholung des bisherigen Königs begann das Königs- und Tellkönigsschießen. König wurde Schütze Karl Meuser von der Lützenkirchenerstraße. Die Tellkönigswürde errang Heinrich Schmidtpott. Ein schöner Festzug ging durch die Straßen des Stadtteils Lützenkirchen und zurück zum Festzelt. Die Schützen betätigten sich bis zum Eintritt der Dunkelheit am Schießstande, während im Festsaale eifrig dem Tanze gehuldigt wurde. Abends folgte die Krönung des neuen Paares und als Abschluß der traditionelle Krönungsball.

Der Schloßbesuch an den Pfingstfeiertagen

An den beiden Pfingstfeiertagen wurde das Bergische Heimatmuseum im Schloß Burg von 7694 Personen besucht. Im Vorjahr waren es 11 086 Personen. In dieser Zahl sind aber die Besucher des Schloßrestaurants mit einbegriffen gewesen. Unter Berücksichtigung der vor kurzem getroffenen Maßnahme — ein Eintrittsgeld zum Besuch des Schloßrestaurants nicht mehr zu erheben — darf man annehmen, daß Schloß Burg an den beiden Feiertagen die gleiche Besucherzahl wie im Jahr 1931 aufzuweisen hatte.

Mai-Singen

Die Kreisjugendpflegerin schreibt:

Die nächste Singfreizeit findet am Samstag und Sonntag, den 28. und 29. Mai ds. Js. in der Turnhalle in Burg a. d. W. statt. Die Leitung liegt wieder in den Händen des Musiklehrers Ernst Mehlich, Dortmund. Die Arbeitszeit ist wie folgt eingeteilt: Samstagabend von 8—10 Uhr Singen; Sonntag von 9—12,30 und 2,30—5 Uhr Singen. Gesungen werden: Mai- und Sommerlieder. Die Teilnehmergebühr beträgt für alle Jugendlichen 30 Pfennig.

Die Zahl der Uebernachtungen bitten wir getrennt nach weiblichen und männlichen Jugendlichen baldigst an den Herbergleiter der Kreisjugendherberge, Herrn Lehrer Hamacher in Burg a. d. W., zu melden. Für die kath. Teilnehmer findet der Gottesdienst um 7 Uhr in der Pfarrkirche und für die protestantischen Teilnehmer um 8 Uhr in der Schloßkapelle statt.

Zur Teilnahme an der Singfreizeit laden wir alle Jugendlichen, die Lust und Liebe am gemeinsamen Singen haben, recht herzlich ein. Mögen recht viele dieser Einladung folgen, da wir im Hinblick auf die schlechten Verhältnisse in Zukunft leider nur sehr selten noch mit diesen Veranstaltungen rechnen können.

Auf frohes Wiedersehen und ein kräftiges Heil!

Bemerkenswerte Brandursache

Zur Warnung, besonders für Geschäftsleute, in der jetzigen heißen Jahreszeit diene folgender Fall: In dem Schaufenster eines Elberfelder Geschäfts lag ein Vergrößerungsglas inmitten der Auslagen. Infolge der starken Sonnenbestrahlung wirkte es als Brennglas und setzte Dekorationsstoffe des Schaufensters in Brand. Eine weitere Ausdehnung des Feuers wurde von der Wehr verhindert.

100 000 RM gezogen!

Ein Gewinn von 100 000 Mark fiel in der gestrigen Ziehung der Preußischen Klassenlotterie auf die Nummer 64 559, in der ersten Abteilung auf Achtellose nach Thüringen und in der zweiten auf Achtellose nach dem Rheinland.

Verbot politischer Umzüge

Der preußische Innenminister hat durch Erlaß vom 12. dieses Monats seine Anordnung vom 13. April dieses Jahres betreffend Ausnahmen des Verbots von politischen Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel mit Wirkung vom 17. dieses Monats aufgehoben.

Die preußische Anordnung vom 31. Oktober 1931 tritt nachdem in vollem Umfang wieder in Kraft. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können die Regierungspräsidenten auf mindestens drei Tage vorher gestellten schriftlichen Antrag Ausnahmen zulassen. Unberührt bleiben, wie bisher, gewöhnliche Leichenbegängnisse, hergebrachte Züge der Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten, sowie auch die althergebrachten Leichenparaden der privilegierten Kriegervereine.

Notstandsarbeiten der Unterstützungsempfänger

In Preußen sind im letzten Viertel des Jahres 1931 bei Notstandsarbeiten durch Hauptunterstützungsempfänger, Krisenfürsorgeunterstützte und Ausgesteuerte insgesamt 616 859 Arbeitslosentagewerke geleistet worden. Davon entfielen auf: Meliorationen 76 825, Straßenbau 241 683, Kraftgewinnungsanlagen 94 291, sonstige Tiefbauten 181 000, Baustoffherstellung (Herrichtung von Siedlungsgelände) 23 060 Tagewerke.

7. ordentliche Generalversammlung der DBS

Unter außerordentlich starker Beteiligung von Vertretern aus allen Teilen des deutschen Reiches fand die 7. ordentliche Generalversammlung der größten deutschen Bausparkasse auf zinsfreier Grundlage, der Deutschen Bau- und Siedelungsgemeinschaft eGmbH Darmstadt in Würzburg statt. Der vorgetragene Geschäftsbericht zeigte ein weiter erfreuliches Ansteigen für das Krisenjahr 1931. So stieg beispielsweise die Anzahl der Bausparkonten um 28½ Prozent, der Reinzugang an Spareinlagen um 35 Prozent. Die Anzahl der zugeteilten Darlehen um 36 Prozent. Die Summe der dinglich gesicherten Darlehen stieg von rund 26 Millionen RM auf fast 39 Millionen RM. Das sind 48 Prozent.

Der Reinzugang an Spareinlagen betrug mit 9 071 000 RM Spareinlagen 236 Prozent der tariflich festgesetzten Pflichtleistungen (die Tilgungsleistungen betrugen daneben 1,5 Prozent). Es ergibt dies auch für die heutige Notzeit, daß der besondere Anreiz des Bausparens noch bedeutende Sparergebnisse herbeiführt. Der Unkostenaufwand gegenüber dem Vorjahr hat sich um 18 Prozent gesenkt. Den Spargeldereinlagen von insgesamt 25,9 Millionen RM stehen dinglich gesicherte Darlehen in Höhe von 38,8 Millionen RM gegenüber, von denen bereits 8,2 Millionen RM getilgt sind. Außerdem sind an flüssigen Mitteln 1,7 Millionen RM nachgewiesen. Der vom Reichsaufsichtsamt bestellte Prüfer gab die Erklärung ab, keinerlei Beanstandungen gefunden zu haben. Eine außerordentlich sparsame Geschäftsführung wurde von ihm besonders hervorgehoben. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des derzeitigen Vorstandes erfolgte einstimmig.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des Direktors des Reichsverbandes Deutscher Bausparkassen, Dr. Wagelaar, der ein Schreiben des Reichsaufsichtsamtes verlas und übergab, wonach die DBS endgültig zum Geschäftsbetrieb zugelassen ist.

Immer wieder Auswanderungsschwindel

Der Leiter der Kölner Auswanderungsberatung hat dieser Tage in Trier einen neuen Auswanderungsschwindel festgestellt, der von Wien aus durch einen schon vielfach mit dem Gesetz in Berührung gekommmenen und unter den mannigfachsten Namen aufgetretenen Tschechoslowaken Waller, der schon vor Jahren aus dem deutschen Reiche ausgewiesen wurde, betrieben wurde. Dieser Mann hat schon Hunderte von Familien durch seine Vorschläge in großes Elend gebracht. In Oesterreich hat man ihn ebenfalls wiederholt vorgenommen und ihn schließlich auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen, worauf ihm eine Aburteilung erspart geblieben ist. Nun hatte dieser gemeingefährliche Werber wiederum von Wien aus einen Bund gegründet und bemüht sich, durch Schriften für seine neue Idee zu werben. Zunächst ist ihm dies in Trier gelungen; es hatte sich bereits ein Dutzend von Familien mit dem Manne eingelassen und ebenfalls nach seinen Anweisungen einen Auswanderer-Bund gegründet. Durch die Kölner Beratung konnte dem Vorhaben ein rasches Ende bereitet werden, noch ehe ein Schade für die Beteiligten entstanden ist.

Neue Grundsätze für die Arbeitslosenversicherung

Von den noch nicht veröffentlichten Entscheidungen des Spruchsenats für die Arbeitslosenhilfe werden die folgenden zur Kenntnis gebracht:

Im Sinne des § 74a des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind reine Obstbaubetriebe jedenfalls dann der Landwirtschaft zuzurechnen, wenn die naturhafte Erzeugung im Vordergrunde steht, insbesondere technische Einrichtungen, z. B. Treib- und Gewächshäuser dem Betriebe nicht das Gepräge geben.

Die Vermietung (Abvermietung) von Räumen allein ist nicht als selbständige Arbeit im Sinne von § 112 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung anzusehen; ist jedoch mit der Vermietung eine Tätigkeit verbunden, so ist der Verdienst hieraus im Rahmen dieser Vorschrift anzurechnen.

Beiträge, die ein Arbeitnehmer auf Grund vertraglicher Verpflichtungen zu einer nicht auf öffentlich-rechtlichem Zwang beruhenden Pensionsversicherungseinrichtung oder Einrichtungen ähnlicher Art leistet, gehören zu dem nach Maßgabe des § 112b des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei der Anrechnung zu berücksichtigenden Einkommen und können daher bei der Festsetzung des anzurechnenden Einkommensbetrages nicht abgezogen werden.

Einziehen kleiner Geldforderungen

Durch § 13 der 3. Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931, ist die Mindestgebühr im Gerichtskostengesetz von 50 Reichspfennig auf 2 Reichsmark erhöht worden. Dadurch verteuert sich das Einklagen kleiner Geldforderungen und es empfiehlt sich daher, statt des Zahlungsbefehles die Postnachnahme oder den Postauftrag zu wählen. Dieser Weg wird besonders in den Fällen zum Ziele führen, wo die Schuld nur aus Vergeßlichkeit oder Nachlässigkeit nicht beglichen worden ist. Die geringen Postgebühren und die schnellere Abwicklung dieses Verfahrens empfehlen diese Einziehungsart von selbst.

Wann muß ein Fahrrad beleuchtet sein?

In ständiger Rechtsprechung hat das Kammergericht entschieden, daß geführte Fahrräder nicht beleuchtet zu sein brauchen, weil sie nicht als im Verkehr befindlich angesehen werden können. Dasselbe muß nach einer neuen Entscheidung des Kammergerichts für die Führung des sogenannten Rückstrahlers gelten. Es wäre nicht einzusehen, weshalb für Führung des Rückstrahlers bei Dunkelheit andere Grundsätze gelten sollten als für die Beleuchtung. Auch das Bayerische Oberste Landesgericht hat demgemäß ausgesprochen, daß die Vorschrift über das hintere Leuchtzeichen nach Sinn und Zweck nur für das bestimmungsgemäß gefahrene Fahrrad zu gelten hat. Geführte Fahrräder brauchen keine Rückstrahler.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Das Anhängen an Kraftwagen

Opladen, 19. Mai. Ein Radfahrer aus Hamborn, der sich auf einem Pfingstausflug befand, hängte sich während der Heimfahrt an einen Lastkraftwagen. Er stürzte und erlitt einen Schlüsselbeinbruch.

Einschränkungen im Autobus-Verkehr

Leverkusen, 19. Mai. Die Oberpostdirektion Köln gibt jetzt den Fahrplan für die Kraftpost-Linie Köln—Solingen bekannt, der ab 22. Mai in Kraft tritt. Danach tritt auch auf dieser Linie die bereits angekündigte Einschränkung des Verkehrs in Erscheinung. Während am Tage bisher 28 Wagen verkehren, sind's vom 22. Mai ab nur noch 20.

Schmuggler auch in Langenfeld

Langenfeld, 15. Mai. Die Schmuggler machen sich anscheinend jetzt auch bei uns breit. Bei einem Einwohner an der Hildener Straße wurde heute bei einer Haussuchung eine ganze Menge unverzollter Zigaretten beschlagnahmt. Das gibt natürlich teure Zigaretten.

Die von der Landstraße

Langenfeld, 19. Mai. Am Weißenstein wurde ein reisender Handwerksbursche aufgefunden, der infolge einer schweren Erkrankung seinen Weg nicht fortsetzen konnte. Er mußte ins Richrather Krankenhaus gebracht werden, wo sich eine sofortige Operation notwendig erwies.

Der angehende Tiefbauunternehmer

Richrath, 19. Mai. Angezeigt wurde ein angeblicher Tiefbauunternehmer T. aus Richrath. Er warb Arbeiter für die Ruhr-Gas AG an und ließ sich von den Leuten, die froh waren, wieder in Arbeit und Verdienst zu kommen, Vorschüsse bis zu 75 RM zahlen als Gebühr für die Teilnahme an einem Schweißkursus. Trotz des eigentlich plumpen und erkennbaren Schwindels leisteten die Leute die Vorschüsse. Die Ruhr-Gas AG hat mit T. selbstredend nichts zu tun. Alle von T. angeworbenen Leute, sein Tätigkeitsgebiet war Richrath, sind sämtlich betrogen.

Bestrafte Wilddiebe

Leichlingen, 19. Mai. In dem letzten Halbjahr 1931 wurde in den hiesigen Jagdbezirken außerordentlich stark gewildert, besonders am Klippenberg. Großen Schaden richteten die Wilddiebe unter dem Rehbestand an. Noch heute laufen lahmgeschossene Rehe umher. Der hiesigen Landjägerei gelang es nach langer Zeit, die Wilderer zu ermitteln. Gestern fanden diese Taten vor dem Amtsgericht in Opladen ihre gerechte Sühne. Der Schleifer Alfred H. aus Grünscheid wurde zu 8 Monaten Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Schleifer Ernst H. erhielt zwei Monate Gefängnis. P. K. und M. erhielten, da sie noch nicht vorbestraft waren, je 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise je 20 Tage Gefängnis. Außerdem erkannte das Gericht auf Einziehung der beiden von der Landjägerei beschlagnahmten Gewehre und des Fernglases.

Landeszeltlager Rheinischer Bibelkreise

Dabringhausen, 19. Mai. Bei Dhünn haben 800 Mitglieder der rheinischen Bibelkreise ein Landeszeltlager aufgeschlagen. Der Reichswart der Bibelkreise, Pastor Udo Schmid, weilt im Lager. Neben Spielen, Gau- und Kreiswettkämpfen werden Vorträge gehalten, die sich mit den Aufgaben und Zielen des Bundes befassen. — Bei Rausmühle im Eifgental verbringt rheinische Turnerjugend die Pfingstferien in einem Zeltlager. Jeder Tag ist mit Körperschulung, Wandern und Vorträgen ausgefüllt.

Auf einen Kraftwagen aufgefahren

Wermelskirchen, 19. Mai. Auf der Landstraße nach Neuenhofen fuhr ein 20 Meter hinter einem Kraftwagen aus Münster folgendes Motorad mit Beiwagen in voller Fahrt auf den Kraftwagen auf, als dieser, ohne ein Zeichen zu geben, unverhofft anhielt. Während der Motorradfahrer fast unverletzt blieb, erlitten zwei im Beiwagen sitzende Personen, und zwar die Ehefrau und die Tochter des Motorradfahrers Knochenbrüche und Gehirnerschütterungen.

Den Trauring nach 20 Jahren wiedergefunden

Wermelskirchen, 19. Mai. Vor 20 Jahren verlor eine junge Frau in Döllersweg bei der Gartenarbeit ihren Ehering. Nachdem die Familie vor Jahren nach Herrlinghausen übersiedelte, fand in der vorigen Woche die Tochter des jetzigen Garteninhabers bei der Gartenarbeit besagten Ehering. Am eingravierten Namen konnte sie die Verliererin feststellen und ihr zur freudigen Ueberraschung das goldene Ringlein überreichen.

Störche an der Wupper

Hückeswagen, 19. Mai. Ein wohl seltener Anblick bot sich den Ausflüglern, die am Morgen des ersten Feiertages nach Kormannshausen—Hombrechen unterwegs waren. Oberhalb von Kormannshausen standen auf einem Felde sechs Störche, die sich nachher auf einer hohen Tanne niederließen und von hier ihre Kreise durch die Lüfte zogen. Schon seit einiger Zeit wurden bei Kretze Störche beobachtet, so daß man daraus schließen könnte, daß sich diese, in unserer Gegend wohl seltenen Tiere, diesen Sommer hier niederlassen wollen.

Viehdiebstahl

Bergisch Born, 19. Mai. In der Nacht schlachteten unbekannte Täter einen jungen Zuchtbullen auf der Weide des Landwirts Höhfeld ab. Die Diebe scheinen den Diebstahl schlecht vorbereitet zu haben, denn sie nahmen nur ein Hinterviertel mit und ließen alles andere Fleisch liegen. Bei dem großen Gewicht des geschlachteten Tieres war ein Wegtragen der gesamten Beute nicht möglich.

Eine interessante Schau in Leichlingen

„Deutschland im Spiegel der Verkehrswerbung" nennt sich eine ganz neuartige Ausstellung, die der Verschönerungs- und Verkehrsverein Leichlingen in der Zeit vom 20. bis 29. Mai im Gasthof Deppermann in Leichlingen veranstaltet. Ueber 400 verschiedene Plakatmotive und mehr als 600 Schriften, Faltblätter usw. aus dem Gebiete der Fremdenverkehrswerbung ganz Deutschlands sind auf einem Flächenraum von 450 qm. zu einer überaus interessanten farbenprächtigen Schau zusammengestellt. Reichsbahn und Reichspost beteiligen sich offiziell mit einer Sonderabteilung, weiter findet man solche für Schiffahrt, Luftfahrt und Presse. Mehrere Berufsschulen zeigen beachtliche Plakatentwürfe, eine weitere Sonderabteilung enthält etwa 100 verschiedene Plakatmotive der ausländischen Fremdenverkehrswerbung. Im übrigen sind sämtliche Reisegebiete, Bäder und größeren Städte Deutschlands mit hunderten von Plakaten und Schriften auf der Ausstellung vertreten, man vermißt kein bekanntes Reiseziel. Also eine Schau, die in ihrer Vielseitigkeit Werbefachleute, Kunstgewerbler, Fachleute und Laien aus der Fremdenverkehrswerbung, Schüler und jeden Liebhaber einer interessanten, farbenprächtigen Ausstellung in gleicher Weise interessiert. Anregend, belehrend und freudespendend, nicht zuletzt aber im Interesse der Förderung des deutschen Reiseverkehrs zu wirken, soll die Aufgabe der Leichlinger Ausstellung sein. Den Besuchern winken außerdem noch begehrenswerte kostenlose Prämien, eine dreitägige Heidelbergfahrt einschl. Unterkunft und Verpflegung, Helgolandfahrten, Flüge, Rheinfahrten, zahlreiche Stiftungen der interessierten Stellen, u. a. der Hapag und des Norddeutschen Lloyds.

Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt am Freitagnachmittag 5 Uhr durch Herrn Landrat Trimborn, Opladen, der bei dieser Gelegenheit einen Vortrag halten wird über Fremdenverkehrswerbung.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Leichte Besserung in der Solinger Industrie

Die Lage des Groß-Solinger Arbeitsmarktes hat sich um die Pfingstzeit etwas gebessert, und zwar in der Hauptsache in der Schneidwarenindustrie. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist in den letzten 14 Tagen um 881 auf 22 677 zurückgegangen. Zum ersten Male ist im letzten halben Monat kein erheblicher Zugang in der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen eingetreten.

Wuppertal

Wohlfahrtsdirektor Sprungmann gestorben

Im 71. Lebensjahre starb Dienstag nachmittag der in der Wohlfahrtsfürsorge Westdeutschlands bekannte Vorsitzende des Wuppertaler 5. Wohlfahrtsverbandes, Direktor Sprungmann. Er war Mitbegründer der Wuppertaler Waldschule Burgholz und hat sich um die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege, zunächst in Elberfeld und dann in Gesamt-Wuppertal, große Verdienste erworben.

Milde Sühne für einen Riesenwechselbetrug

Im vergangenen Jahre waren gelegentlich der Pleite bei der Wuppertaler Kohlenfirma Becker große Schwindeleien durch Wechselfälschungen aufgedeckt worden. Der Firmeninhaber Adolf Bekker wurde nunmehr deswegen zu 13 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich bei den Wechselfälschungen, die sich auf etwa 500 000 Mark beliefen, schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug schuldig gemacht. Die Firma Becker hatte in den Jahren 1929—1931 die falschen Wechsel in Umlauf gesetzt, um damit echte fällige Wechsel einzulösen. Bei der Verhaftung Beckers waren noch für 130 000 Mark falsche Wechsel im Verkehr. Die Aufdeckung dieses Riesenbetrugs hatte aber auch noch sehr tragische Folgen gehabt, nicht nur bei den Geschädigten. Ein Buchhalter der Firma Becker beging Selbstmord durch Erschießen, eine Angestellte vergiftete sich. Becker war in einem ebenfalls erschwindelten Auto nach Berlin gefahren und wurde erst verhaftet, als ihm das letzte Geld ausgegangen war.

Düsseldorf

Rollschuhläufer gefährden ihr Leben

Gestern morgen wurden zwei spielende Mädchen, welche auf Rollschuhen liefen, auf der Bastionstraße, Ecke Königsallee, von einem Motorradfahrer angefahren. Eins der Mädchen wurde so schwer verletzt, daß seine Ueberführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Düsseldorf. Die Stadt kondoliert zum Tode von Louise Dumont. Der Oberbürgermeister hat anläßlich des Todes der Künstlerin Louise Dumont, die durch ihr Schaffen Düsseldorf als Theaterstadt weit über die Deutschen Grenzen hinaus bekannt gemacht hat, dem Generalintendanten Gustav Lindemann sein Beileid in einem Schreiben ausgesprochen, in dem es u. a. heißt: „Die Stadt Düsseldorf betrauert den Verlust einer hervorragenden Künstlerin, die während ihrer glänzenden Bühnenlaufbahn in ihrer Person die deutsche Schauspielkunst verkörperte und deren Name als Leiterin des Düsseldorfer Schauspielhauses auf das engste mit der künstlerischen Geschichte unserer Stadt verflochten ist."

Köln

Der Tod beim Kohlensuchen

Trotz des Verbots, die Gleise zu betreten, bestieg auf dem Güterbahnhof Sülz der Köln—Bonner Eisenbahn ein elfjähriger Junge einen Waggon, um daraus Kohlenstücke zu nehmen, die er in einem mitgebrachten Sack mit nach Hause nehmen wollte. In diesem Augenblick wurde der Wagen umrangiert. Der Junge stürzte hinab und geriet so unglücklich unter die Räder, daß er getötet wurde.

Polizeihauptwachtmeister Kaiser wieder zurückgekehrt

Der Polizeihauptwachtmeister Kaiser, der, wie wir berichteten, von einem mehrtägigen Urlaub nicht zurückgekehrt war und im Verdacht stand, ein Sparkassenbuch des Polizeisportvereins in seiner Eigenschaft als Kassierer dieses Vereins unterschlagen zu haben, ist wieder zu seiner Dienststelle zurückgekehrt. Er konnte nachweisen, daß die Kassengeschäfte des Sportvereins einwandfrei geführt und der vermißte Betrag auf ein anderes Konto angelegt war. Die Gründe für die Urlaubsüberschreitung sind noch unbekannt.

Nationalsozialistischer Schriftleiter wegen Beleidigung verurteilt

Der Hauptschriftleiter der nationalsozialistischen Tageszeitung „Westdeutscher Beobachter" in Köln Dr. Peter Winkelnkemper, wurde gestern vom Amtsgericht in Köln wegen Beleidigung des Hauptschriftleiters des sozialistischen „Vorwärts" in Berlin, Friedrich Stampfer, und wegen Beleidigung des Geschäftsführers der Vorwärtsdruckerei AG Berlin, Theodor Glocke, zu einer Geldstrafe von 100 Mark im Nichtbeitreibungsfalle zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Schnell das Wichtigste

Die seit fast einem halben Jahrhundert in Stieldorf bei Bonn in gewissen Zeitabständen stattfindenden Passionsspiele werden voraussichtlich im Jahre 1934 wieder zur Aufführung kommen. Für dieses Spieljahr sind bereits wesentliche bauliche Verbesserungen der Festspielhalle in Aussicht genommen.

Auf der Felsplatte der Erpeler Ley bei Remagen wurde die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens gefunden, das sich in selbstmörderischer Absicht von dem 100 m hohen steilen Felsen hinabgestürzt hatte.

Die Essener Kriminalpolizei ermittelte eine Bande von vier Autobanditen, von denen drei festgenommen wurden. Ungefähr 40 der in der letzten Zeit gestohlenen Wagen dürften auf das Konto dieser Bande gehen.

In selbstmörderischer Absicht stürzte sich eine Frau aus einem im fünften Stockwerk gelegenen Fenster des Krankenhauses in Börnig bei Herne und war sofort tot.

Aachen. Beim Glockenläuten löste sich der Klöppel. Wie jetzt bekannt wird, ereignete sich am Pfingstsonntag in der Bergkirche in Cornelimünster ein eigenartiger Unglücksfall. Beim Abendläuten löste sich der schwere Klöppel der Glocke und fiel dem Sohn des Küsters auf den Körper. Der Getroffene trug Kopf- und Unterleibsverletzungen davon und mußte bewußtlos fortgeschafft werden. Eine in der Nähe stehende Person erlitt Hautabschürfungen.

Wieder ein Unglück an der Mosel

Großfeuer in Treis

Nachts brach in Treis bei einem Bäcker und einem daneben liegenden Winzer gleichzeitig Feuer aus. Der Brand wurde zuerst durch Nachbarn bemerkt, die die bereits schlafenden Hausbewohner weckten und die Feuerwehr alarmierten. In kurzer Zeit griffen die Flammen auch auf drei weitere Anwesen, das Haus eines Eisenbahners, eines Winzers und auf den Gemeindestierstall, über. Als die Feuerwehr eintraf, stürzten die beiden ersten Gebäude bereits zusammen. Von den beiden anderen Häusern verbrannten das Dachgeschoß und der erste Stock; ebenso wurde der Gemeindestierstall zum größten Teil vernichtet. Bei den Löscharbeiten stürzte ein Feuerwehrmann von einer Mauer, doch kam er glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon.

Das Neueste

Wie aus Newyork gemeldet wird, ist das Flugboot Do X heute früh um 4,05 Uhr vom Flughafen Corties-Field nach Harbour Grace (Neufundland) gestartet.

Die gestrige Unterredung des Präsidenten Lebrun mit Herriot galt in erster Linie der Abrüstungskonferenz und dem Reparationsproblem. Herriot schließt sich in der „Air nouvelle" dem Standpunkt Paul Boncours in der Abrüstungsfrage an.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" meldet, daß die von Herriot abgegebene Erklärung über die Fortsetzung der bisherigen Reparations- und Sicherheitspolitik Frankreichs in diplomatischen Kreisen Londons einen niederschlagenden Eindruck gemacht habe.

Die englische Arbeitslosenversicherung soll weitgehenden Aenderungen unterworfen werden, um die Bilanz auszugleichen, die mit einem Fehlbetrag von 200 000 bis 250 000 Pfund abschließen wird.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, stehen in der Kreuger-Angelegenheit neue Verhaftungen bevor. Es soll sich um mehrere bedeutende Persönlichkeiten aus dem Kreugerkonzern handeln, die Kreuger besonders nahegestanden haben.

Die bei dem Tunneleinsturz von Las Raicas verschütteten 42 Arbeiter sollen noch am Leben sein.

Nach einer Meldung des Mukdener Berichterstatters des „Daily Telegraf" haben die Japanischen Truppen in der Mandschurei umfassende militärische Operationen gegen die chinesischen Freischärler aufgenommen.

Nach kurzer Pause haben am Mittwoch-Nachmittag in Bombay neue Unruhen eingesetzt. Die Gesamtverluste belaufen sich nunmehr auf 111 Tote und 1050 Verwundete.

Gylys zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt

Aus Kowno wird gemeldet, daß der Präsident heute früh den litauischen Gesandten in London, Gylys, zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt habe. Der neue Gouverneur tritt bereits heute seinen Posten in Memel an. — Wie verlautet, soll in den nächsten Tagen das Direktorium Simaitis zurücktreten.

Das Wetter von heute und morgen

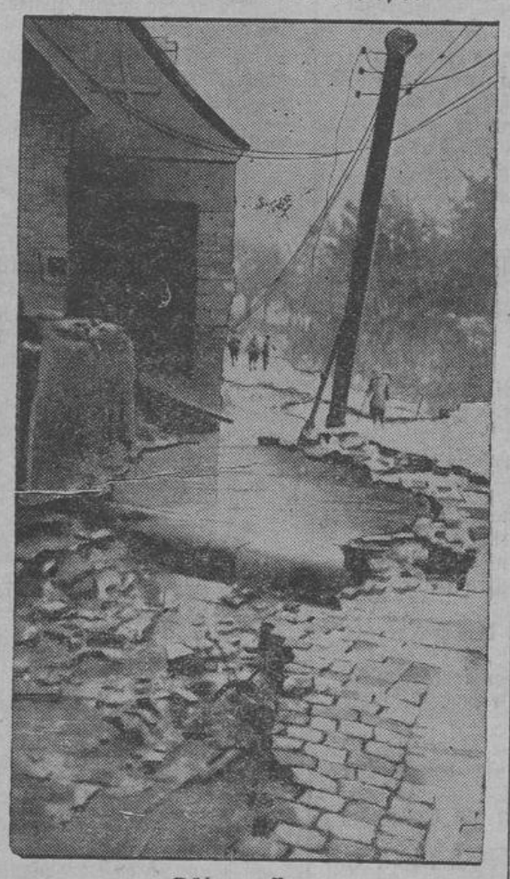
Weiterhin warm und noch vorwiegend heiter, schwache Luftbewegung.

Am Schauplatz der Unwetterkatastrophe an der Mosel

Die Aufräumungsarbeiten in dem von der Unwetterkatastrophe am zweiten Pfingstage so schwer heimgesuchten Moselörtchen Guels sind in vollem Gange. Selbst bei anhaltend günstiger Witterung ist damit zu rechnen, daß mehr als eine Woche angestrengter Arbeit erforderlich ist, bis wieder einigermaßen der ordnungsmäßige Zustand hergestellt ist. Zurzeit sind Hunderte von Arbeitswilligen tätig, die Hauptverkehrsstraßen von den Schlammassen zu befreien, sämtliche Feuerwehren aus der näheren und weiteren Umgebung haben ihr Material zur Verfügung gestellt. Arbeitslose Fachkräfte führen unter umsichtiger Leitung die Stützarbeiten an den am meisten gefährdeten Häusern aus, die neuerdings gewaltige Risse aufweisen. Der Materialschaden übertrifft alle Befürchtungen. An eine Wiederherstellung der zahlreichen Geschäfte ist vorläufig nicht zu denken, da nach Austrocknung der Räume eine vollständige Renovierung unumgänglich ist. Mittwoch morgen fand erneut eine Besprechung des Landrats mit den Bürgermeistern von Weißenthurm und Winningen statt, woran sich eine Aussprache mit Regierungsvertretern schloß. Man will in unterrichteten Kreisen wissen, daß ein Teil der Staatshilfe für die Gemeinde Guels bereits angewiesen sei, um im Augenblick die schlimmste Not zu lindern.

Bisher hat man von dem vermißten pensionierten Eisenbahnbeamten Schiele, der im 62. Lebensjahre steht, keine Spur. Man muß daher annehmen, daß der Mann bei dem Versuch, sich in Sicherheit zu bringen, von den Wellen erfaßt und in die Mosel geschwemmt wurde.

Die Beerdigung der Frau Flöck und der vier ertrunkenen Kinder findet am Donnerstag statt.



Schlammassen,
die die reißenden Wasser von den Höhen in Güls herabwälzten.

Turnen - Spiel - Sport

Pokal-Endspiel in Köln

Das fast in Vergessenheit geratene Endspiel um den Pokal des Deutschen Fußballbundes, dessen Endgegner Nord- und Süddeutschland sind, wird am 5. Juni im Kölner Stadion zum Austrag gelangen. Beide Verbände haben sich mit diesem Termin einverstanden erklärt, falls nicht durch die DFB-Meisterschaftsrunde Verwicklungen entstehen.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"
Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10.





Links: **Die reißende Flut in Güls.** Am schwersten wurde bekanntlich der Ort Güls bei Koblenz betroffen, in dem sich — wie unser Bild zeigt — die von den Bergen niederschießenden Wassermassen zwei bis drei Meter hoch durch die Straßen wälzten. Rechts: **Die Trümmer der niedergerissenen Häuser.** Durch die anstürmenden Wassermassen wurden vier Häuser in Güls niedergerissen — mehrere Personen wurden von den einstürzenden Mauern erschlagen

Das Rätsel von Wildenwarth

Kriminalroman von Matthias Blank

17

„Gewiß nicht, gnädige Frau. Ich möchte Ihnen so gerne das Gegenteil beweisen."

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ist es nicht so zu lesen?"

„Dann hoffe ich, morgen von Ihnen empfangen zu werden. Dabei denke ich das verlorene Vertrauen zu gewinnen."

„Sehr gerne, Herr Conte! Ab elf Uhr wird es mir eine besondere Freude sein. Nun aber will ich Sie Ihrem ersehnten Schlummer nicht länger abspenstig machen. Gute Nacht, Conte!"

„Gute Nacht, gnädige Frau."

Und Conte Castellani verließ nach einer höflichen, sehr diskreten Verbeugung das Zimmer.

Frau Sabine van den Brucken aber schlenderte langsam zurück, wo in einer Gruppe die lange, hagere Gestalt des Direktors Arnold Rother stand, der mit seiner rauhen Stimme und mit lebhaften Gebärden eben die Erklärung gab: „Die Sache kommt zum Klappen; ich kann aus ganz zuverlässiger Quelle versichern, daß seine Mitschuldige sogar schon verhaftet ist und hierhergeliefert wird. Die Ueberraschung darüber wird dann das Geständnis und auch die Perlen bringen."

Frau Sabine, die diese Worte noch hören konnte, wandte sich lächelnd an den Direktor: „Irren Sie nicht doch einmal?"

„Nein!"

„Der arme Conte! Wollen Sie sich mit Ihrem Urteil wirklich nicht bekehren lassen?"

„Nein, gnädige Frau! Ich bin sicher und wäre ich selbst nicht so klug gewesen, dann wäre der Conte auch schon über alle Berge, dann wüßte man auch nicht, daß er in der Nacht der Diebin der Perlen einen Unterschlupf gewährte."

„So viel wissen Sie, Herr Direktor? Haben Sie mir nicht auch versichert, Sie würden mir nach meiner Rückkehr sogar den Namen der Diebin nennen können?"

Einen Augenblick zögerte Arnold Rother mit der Antwort, dann aber nickte er zustimmend: „Gewiß! Ich darf mich hier ja auf Diskretion verlassen, so daß ich es verraten kann. Die Fremde, die sich als Beate Emscher im Fürstenhof einmietete, hat die Perlen gestohlen; in Wirklichkeit ist sie eine Russin und heißt Feodorowna Littnikoff. In Salzburg wurde sie mit dem Gelde, das sie von dem Conte erhielt, verhaftet."

Stimmen flüsterten.

Nur das Lachen von Frau Sabine tönte hell über das Gewirr.

„Sie haben Ihre Aufgabe wirklich überraschend gelöst. Wenn Sie die Perlen dann wieder haben, dann darf man diese Wunder wohl auch einmal sehen?"

„Das sollen Sie, gnädige Frau, und Sie werden dann zugestehen müssen, daß Sie eine solche Kette derartiger Perlen nie in Ihren Händen hatten."

„Das will ich Ihnen sofort glauben, Herr Direktor."

*

Leo Conte Castellani trat in sein Zimmer und schaltete das elektrische Licht ein; langsam, wie grübelnd ging er an seinen Schreibtisch und setzte sich dort nieder, wobei er den Kopf auf die hohle Hand des aufgelehnten rechten Armes stützte.

Er konnte die Begegnung draußen auf der Promenade nicht vergessen.

Was war da geschehen, daß Liselotte vor ihm geflohen war? Ihre Worte klangen ihm stets im Ohr nach: sie sollte seiner nicht wert sein!

Sie!

Das war ein so ungeheuerlicher Gedanke, daß er ihn nicht zu begreifen vermochte.

Sie seiner Liebe nicht würdig! Und mit der Erklärung war sie dann geflohen.

Nur irgend ein Wahn, ein törichter Irrtum konnte in ihr solche Gedanken erregt haben.

Anders konnte es gar nicht denkbar sein.

Wie anders war das Verhalten von Frau Sabine van den Brucken. Zuerst war es seine Befürchtung, daß diese vielleicht die Schuld tragen könnte und in dem so leicht zu beeinflussenden Sinn von Liselotte irgendwelche Bedenken erregt hatte. Aber diese war zu ihm von gleicher Liebenswürdigkeit gewesen, so daß er diesen Einfall verwerfen mußte.

Deshalb hatte er denn auch seinen Besuch für den nächsten Tag angesagt.

Er wollte bei Frau Sabine van den Brucken Hilfe finden. Ihr wollte er von seiner Liebe erzählen, um dann ihre Unterstützung selbst gegen den Willen von Liselotte zu erreichen, denn deren Verhalten konnte nur auf einem Irrtum beruhen.

Er glaubte an Liselotte, daß diese ihn immer noch wie am ersten Tage ihres Geständnisses liebte, daß nur irgendein törichter Wahn sie befangen machte.

So aber wollte er sie heilen, daß er die Hilfe von Frau Sabine für sich beanspruchte.

Er glaubte auch fest daran, daß damit sich dann alles wenden müsse.

Und ein zufriedenes Lächeln huschte dabei über sein Gesicht; er hoffte schon wieder.

Dann sollte es ihm gleichgültig bleiben, wenn er von anderen plötzlich mit einem ihm völlig unbegreiflichen Mißtrauen beachtet wurde.

Was bekümmerte ihn das, wenn er nur selbst sein Glück erzwingen konnte?

Eine Weile träumte er noch vor sich hin, öffnete wie mechanisch das mittlere, versperrte Schubfach des Schreibtisches, nahm daraus ein mit Siegeln verschlossenes Aktenstück, drehte und wendete es nach beiden Seiten und ließ es dann wieder in das Schubfach fallen, das er darauf versperrte; halblaut murmelte er dabei vor sich hin: „Ich wäre nun bald froh, von der Verantwortung für diesen Geheimvertrag erlöst zu werden."

Nun begann er sich langsam auszukleiden und die Nachtwäsche anzuziehen.

Er war wirklich müde.

Als er sich wenig später in das Bett legte, schaltete er sofort das Licht aus.

Deshalb kam der Schlaf aber doch nicht sofort; lange grübelte er immer nach, und dabei war es ihm stets, als erschaute er in der Finsternis das schmale, hübsche Gesicht von Liselotte, wie diese mit den entsetzten, hilflosen Blicken auf ihn starrte.

Was mochte sie so erschreckt haben?

Aber morgen — morgen erfuhr er es doch, von Frau Sabine vielleicht.

Morgen .....

An den neuen Tag hoffte er und ahnte nicht, wie viel in einer Nacht geschehen kann.

Ueber diesem Grübeln schlief er doch ein und bald verrieten ruhige, gleichmäßige Atemzüge den festen, tiefen Schlaf; es war der Schlaf, der durch kein Geräusch erschreckt wird.

Es drangen von außen her auch noch manche Geräusche herein, das Zuschlagen von Türen, rufende Stimmen, harte Schritte, alle die Geräusche, die in einem Hotel unvermeidlich sind.

Aber ruhig atmete der Schlafende.

Stiller wurde es.

Allmählich sank auch das Schweigen, die Ruhe über das Hotel; langsam löschten die letzten Lichter aus; eine Uhr schlug irgendwo eins, dann zwei; und da war alles still, da waren alle Fenster in Dunkel gehüllt.

Und der Conte atmete gleichmäßig.

Er regte sich auch nicht, als von der Türe her ein seltsam scharrendes Geräusch zu hören war; ein eigentümliches Knirschen. Dort öffnete ein Haken das von innen abgesperrte Schloß. Mit solcher Sicherheit und Vorsicht geschah dies, daß außer diesem unmerklichen Knarren kein Laut die Stille störte.

Trotzdem der Schlüssel von innen steckte, war es doch gelungen, ihn mit einer feinen Drahtzange im Schlüsselloch zu packen und so weit zurückzustoßen, daß der eingesetzte Sperrhaken dann das Schloß zu fassen bekam.

Leise schob sich die Türe auf und ein schlanker, schmaler Schatten, der aber in der herrschenden Unsicherheit nicht deutlich erkennbar war, drängte sich herein, worauf die Türe sich ebenso geräuschlos wieder schloß.

Unhörbar bewegte sich der Schatten vorwärts, der von Augenblick zu Augenblick stehen blieb, als kontrollierte er lauschend die Atemzüge des Schlafenden.

Nichts störte.

Mit großer Sicherheit fand der Schatten das Ziel. Vor dem Schreibtische blieb er stehen. Nur ein winziger, schmaler Lichtfunke zuckte in der Hand dieses Schattens auf, der über den Schreibtisch suchend irrte. Aber ganz kurze Zeit währte es, dann verschwand der dünne Lichtstreifen wieder.

Der Schatten setzte sich; ganz fein klirrten stählerne Haken in einer Hand.

Das Atmen vom Bette her blieb gleich ruhig und fest.

Dann ein Knacken; ein Schubfach wurde geöffnet. Wiederzuckte der Lichtfunke aus der winzigen Oeffnung der Schlüssellochlaterne auf und suchte den Inhalt des Schubfaches ab.

Da blieb er für etwas länger auf der versiegelten Akte ruhen.

Eine schmale, feine Hand, die aber von einem eng anliegenden Gummihandschuh umspannt war, damit sie in der Gefahr nur schwer zu fassen war, damit auch nirgends der Abdruck der verräterischen Papillarlinien der Fingerspitzen zurückbleiben konnten, griff nach der Akte.

Die Siegel waren wie ein Hindernis, denn der Inhalt war dadurch nicht herauszunehmen.

Aber auch darauf war der Schatten vorbereitet; eine feine Schere blinkte im dünnen, spärlichen Lichtkegel, durchschnitt am unteren Rande die versiegelte Schnur, und die Hand zog bedächtig und sehr vorsichtig den Inhalt dieses Bündels heraus. Auf die gleiche Weise schob in diese Hülle die gleiche Hand andere leere, vorher schon vorbereitete Papiere hinein. Nun klemmte die Hand die beiden durchschnittenen Enden wieder zusammen, die nun mit zähem Leim durchtränkt und sehr vorsichtig mit haardünner Seide umsponnen wurden.

Jetzt sah das versiegelte Aktenbündel wieder unverletzt aus und die etwas dickere, umsponnene Stelle unten an der Schmalseite der Akte war nur bei sehr mißtrauischem Prüfen zu entdecken.

Das Licht verschwand.

Das Schubfach des Schreibtisches schloß sich geräuschlos, wieder das feine Klirren eines Schlüssels, und leise bewegte sich daraufhin der Schatten abermals der Türe zu.

Minuten verstrichen.

Ein Knarren nur.

Und Leo Conte Castellani schlief und atmete und träumte vielleicht von seinem Glück und von Liselotte.

Eine Uhr schlug. Halb! Dann die ganze Stunde und wieder halb. Die Zeit verstrich.

Die Nacht ging weiter.

Und nochmals, zum zweiten Male in dieser einen Nacht, öffnete sich die Türe in das Zimmer des Conte Castellani.

23. Kapitel.

„Du willst wirklich auf deinem Zimmer bleiben?"

In der eleganten, taubengrauen Robe stand Frau Sabine van den Brucken vor Liselotte. Die graublauen Augen beobachteten unter den halbgesenkten, langen Wimpern die zierliche Gestalt, die bereits in einem losen Hauskleid auf der Ottomane saß und in den Händen ein Buch hielt, in dem sie jetzt gelesen haben mochte.

Liselotte hob den Kopf; der Schein der Glühbirne warf eben die grellsten Reflexe auf ihr goldblondes Haar, das funkelnd schimmerte, als zuckten Lichter darüber.

„Ja! Du weißt, Mama, daß ich am liebsten allein bleibe."

„Ich denke nur, daß du dabei zu sehr über unnütze Dinge grübelst. Einmal sollst du doch auch gewandter werden, denn schließlich bist du kein Kind mehr. Ich würde dich heute Abend sehr gerne mitgenommen haben."

„Ich danke, Mama! Du meinst es wohl gut, aber ich möchte lieber hier bleiben."

„Gut! Du sollst dich zu nichts gezwungen fühlen. Vielleicht würdest du mit mir unten doch mehr Zerstreuung finden?"

Aber Liselotte dachte daran, daß sie unten wieder nur dem Conte begegnen würde.

Das bestimmte sie.

„Ich glaube das gern, Mama! Aber heute fühle ich mich besonders müde."

„Oder willst du immer noch, daß wir Hals über Kopf fliehen sollen, wie du es verlangst?"

„Mama, ich möchte fort, weit fort —"

Da zog Frau Sabine die schönen weißen Schultern wie ärgerlich hoch und unterbrach Liselotte mit der etwas schroffen Entgegnung: „Ich weiß — ich weiß! Aber ich kann mich nicht an Launen halten, die mit jedem Tage wechseln. Erst wolltest du Wildenwarth nie verlassen und nun sollen wir schließlich noch wie zwei Verbrecher fliehen."

Wie Liselotte bei diesem Wort zusammenzuckte.

Sie sagte auch nichts mehr.

Frau Sabine ging zu der Türe hin.

„Du mußt das selbst einsehen. Du bist nervös gereizt. Deshalb hast du dich auch von traumhaften Einbildungen schon erschrecken lassen. Ob es nicht besser wäre, für dich den Arzt zu fragen?"

„Ich sage ja nichts mehr, Mama."

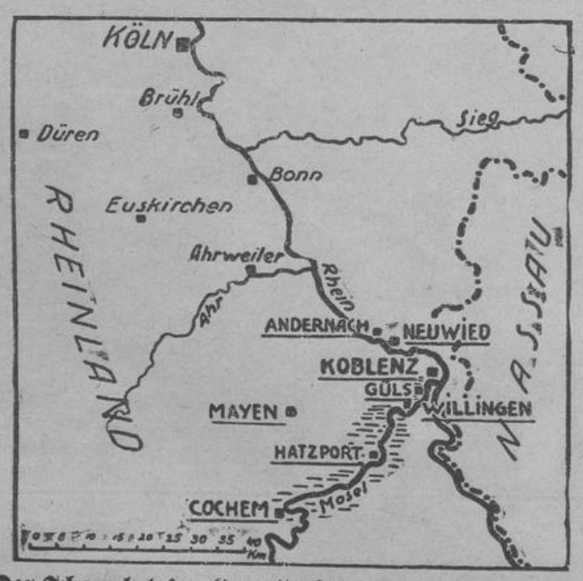
„Gute Nacht! Du wirst wohl schon schlafen, wenn ich in mein Zimmer komme."

„Ich denke es ganz bestimmt."

Als Liselotte bald darauf abermals allein war, griff sie wohl wieder nach dem Buch und versuchte weiterzulesen, um so ihre eigenen erregten Gedanken zu zerstreuen; aber gar bald flimmerten die Buchstaben vor ihren Augen und sie faßte nicht einmal mehr den Sinn der Worte, die sie rein mechanisch las.

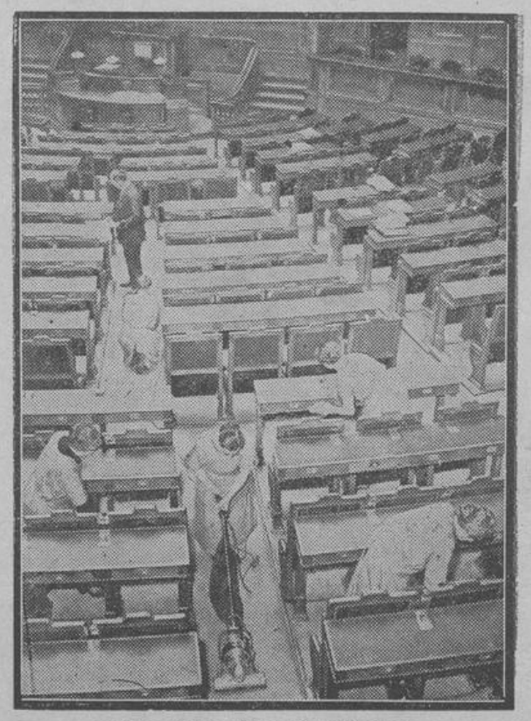
Es gab so viel, was sie immer wieder aufrüttelte, was sie zu keiner Ruhe kommen ließ.

Wie sollte denn alles werden?



Der Schauplatz der Unwetterkatastrophe an der Mosel

die das Gebiet der unteren Mosel zwischen Cochem und Koblenz schwer heimgesucht hat, ist auf unserer Karte durch Strichelung besonders markiert. Mittelpunkt des Unwetters war der Ort Güls bei Koblenz, der furchtbar heimgesucht wurde und in dem sechs Todesopfer zu beklagen sind



Kehraus im Preußen-Landtag

Im Sitzungssaal des Preußischen Landtages wird jetzt eifrig mit Staubsauger und Schrubber gearbeitet, denn am 24. Mai tritt der neugewählte Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen